

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

**Deutsche Wirtschaft
im Sommer 2023**

Abgeschlossen am 15. Juni 2023



Nr. 104 (2023|Q2)

*Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen,
Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer*

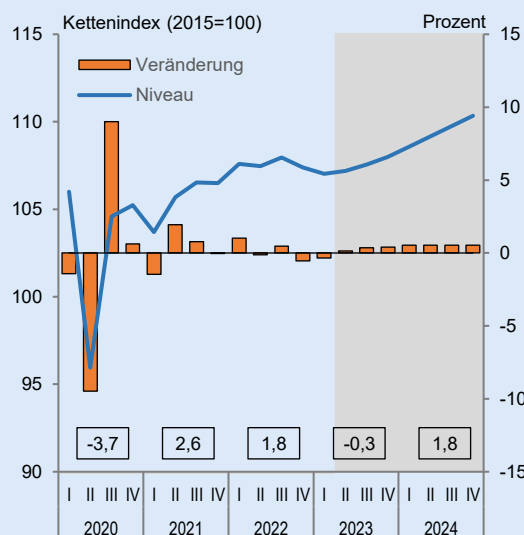
KONJUNKTUR TASTET SICH AUS DER KRISE

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer

Mit dem abermaligen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal und den zuletzt eingetrübten Konjunkturindikatoren haben sich die Sorgen gemehrt, dass die Nachwehen der Energiekrise und die Straffung der Geldpolitik die Wirtschaft stärker belasten könnten als zuvor erwartet. Insgesamt spricht mehr dafür, dass die deutsche Wirtschaft trotz des Gegenwindes im Verlauf des Jahres wieder auf einen moderaten Expansionskurs einschwenken wird. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal war vor allem einem Sondereffekt bei den öffentlichen Konsumausgaben geschuldet und weniger Ausdruck einer breit angelegten wirtschaftlichen Abschwächung. Die Industrie kann von ihren nach wie vor hohen Auftragsbeständen zehren. Die konsumnahen Dienstleister dürften von den kräftigen Anstiegen der Löhne profitieren. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr aufgrund des schwachen Winterhalbjahres um 0,3 Prozent sinken (Frühjahrsprognose: +0,5 Prozent). Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg von 1,8 Prozent (Frühjahr: 1,4 Prozent). Die Inflation wird sich im Verlauf des Jahres deutlich verringern. Im Durchschnitt werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr jedoch noch einmal kräftig um 5,8 Prozent steigen. Für das kommende Jahr zeichnet sich eine deutlich niedrigere Inflationsrate von rund 2 Prozent ab. Der Arbeitsmarkt wird weniger durch die derzeitige wirtschaftliche Schwächephase als durch das demographisch bedingt sinkende Arbeitskräfteangebot belastet, das im kommenden Jahr zu einem Rückgang der Erwerbstätigen führen dürfte. Das Budgetdefizit des Staates dürfte trotz der schwachen wirtschaftlichen Dynamik auf 0,9 Prozent im Jahr 2024 sinken.

Die deutsche Wirtschaft entfaltet auf niedrigem Aktivitätsniveau zunächst wenig Dynamik. Nach einem schwachen Winterhalbjahr, in der die Wirtschaftsleistung um 0,8 Prozent nachgab, operierte die deutsche Wirtschaft zuletzt 0,5 Prozent unter dem Niveau, das im vierten Quartal des Jahres 2019 unmittelbar vor Ausbruch der Pandemie erreicht wurde und bei dem eine konjunkturelle Normallage vorlag. Seitdem sind über drei Jahre vergangenen, in denen die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten um schätzungsweise 3 Prozent gewachsen sind (Boysen-Hogrefe et al. 2023). Demzufolge ist die Produktionslücke derzeit weit nach unten geöffnet. Zugleich zeigen jedoch Unternehmensbefragungen eher noch überausgelastete gesamtwirtschaftliche Kapazitäten an. Diese ungewöhnlich ausgeprägte Diskrepanz deutet darauf hin, dass vor allem produktionsseitige Störungen – insbesondere Lieferengpässe und hohe Krankenstände – die wirtschaftliche Aktivität nach wie vor stark belasten. Weiterhin

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Kasten 1: Zur Entwicklung der preisbereinigten Nettogütersteuern (S. 19 – 20)

überdurchschnittlich hohe Auftragsreichweiten in der Industrie sowie fortdauernde Arbeitskräftengpässe in weiten Teilen der Wirtschaft fügen sich in dieses Bild. Hinzu kommt, dass die energieintensive Produktion im Zuge der Energiekrise – also in Reaktion auf einen weiteren negativen Angebotsschock – merklich eingeschränkt wurde. Auch wenn die Wirtschaftsleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – zuletzt zwei Quartale in Folge rückläufig war, spricht die Gesamtkonstellation gegen eine Rezession im konjunkturellen Sinne. Gemessen an der Bruttowertschöpfung zeigt sich ein schärferer Einbruch im Schlussquartal des Vorjahres gefolgt von einem recht kräftigen Anstieg um 0,9 Prozent im ersten Quartal. Verwendungsseitig geht die schwache Entwicklung im ersten Quartal neben einem rückläufigen privaten Konsum, der vor allem den inflationsbedingten Kaufkräfteinbußen bei den Masseneinkommen geschuldet war, auf den Einbruch des öffentlichen Konsums in Folge scheinbar abrupt beendeter Corona-Maßnahmen zurück und damit auf zwei Faktoren, von denen der erste allmählich überwunden und der zweite einmalig bleiben wird. Insgesamt steht die Konjunktur damit vor allem im Spannungsfeld zwischen erheblichen Expansionspielräumen und bislang recht hartnäckigen produktionsseitigen Hemmnissen. In dem Maße, wie diese nach und nach überwunden werden, kann auch die Wirtschaftsleistung wieder anziehen. Bis auf Weiteres wird allerdings die deutliche Korrektur der Finanzierungsbedingungen im Zuge der geldpolitischen Straffung die Konjunktur belasten, wodurch vor allem die Bauaktivität

geschwächt wird. Diese wird erst wieder anziehen können, wenn sich die Baupreise an das neue Zinsumfeld angepasst haben.

In der Prognoserevision für das Bruttoinlandsprodukt kommt eine verzögert einsetzende Erholung zum Ausdruck und kein gänzlich anderes Konjunkturbild. Für das laufende Jahr erwarten wir einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozent, nachdem wir in der Frühjahrsprognose noch von einem Anstieg um 0,5 Prozent ausgegangen waren (Abbildung 1). In dieser deutlichen Abwärtsrevision spiegelt sich vor allem das schwächer als erwartet bzw. zunächst gemeldet verlaufene Winterhalbjahr sowie eine nach unten angepasste Prognose für das Frühjahrsquartal, in dem die Wirtschaftsleistung kaum mehr als stagniert haben dürfte. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität allmählich anziehen, wobei sämtliche Verwendungsaggregate mit Ausnahme der Bauinvestitionen expandieren. Für die Erholung des privaten Konsums ist maßgeblich, dass vor allem im Zuge deutlich anziehender Löhne die reale Kaufkraft der Masseneinkommen gestärkt wird, die bislang unter dem kräftigen Preisauftrieb gelitten hatten. So erwarten wir für das laufende und das kommende Jahr einen Anstieg der Pro-Kopf-Löhne um 6,3 Prozent bzw. 5,7 Prozent (2022: 4,1 Prozent), während sich der Anstieg der Verbraucherpreise auf 5,8 Prozent bzw. 2,1 Prozent (2022: 6,9 Prozent) deutlich verlangsamen dürfte (Tabelle 1). Auch die monetären Sozialleistungen werden in diesem und im kommenden

Tabelle 1:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,8	-0,3	1,8
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	3,1	5,5	6,4	1,9
Verbraucherpreise	3,1	6,9	5,8	2,1
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,9	0,5	-0,9	0,8
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44.980	45.572	45.929	45.872
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,3	5,6	5,3
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,7	-1,7	-0,9
Schuldenstand	68,6	66,4	64,3	63,0
Leistungsbilanz	7,5	3,9	5,7	5,5

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Jahr kräftig angehoben. Hinzu kommen steuerliche Erleichterungen. Von der Einkommenseite dürfte damit die Schwäche bei den privaten Konsumausgaben, die im Winterhalbjahr die Konjunktur stark belastet hatte, überwunden werden – auch dann, wenn die privaten Haushalte für ihren Konsum nicht nennenswert auf die während der Pandemiezeit angehäuften Extraersparnisse zurückgreifen. Sofern – wie in dieser Prognose unterstellt – die produktionsseitigen Hemmnisse nach und nach überwunden werden, wird die Wirtschaftsleistung die Produktionsmöglichkeiten mehr und mehr ausschöpfen. Für das kommende Jahr erwarten wir daher eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1,8 Prozent (Aufwärtsrevision um 0,4 Prozentpunkte).

Monetäre Rahmenbedingungen

Der steile Zinsanstieg sorgt für zunehmend restriktive monetäre Rahmenbedingungen.

Die EZB hat auf den starken Anstieg der Inflation seit Juli 2022 mit Zinsanhebungen reagiert. Die angepasste Kommunikation ab Dezember 2021 hatte aber bereits zuvor für einen Anstieg der langfristigen Zinsen gesorgt. Seit Juli 2022 hat die EZB den Zinskorridor (Einlagefazilität, Hauptrefinanzierungsgeschäfte, Spitzenrefinanzierungsgeschäfte) innerhalb von 11 Monaten in bisher 6 Zinsschritten um 3,75 Prozentpunkte angehoben. Für die kommende Sitzung Mitte Juni gehen wir von einem weiteren Zinsschritt von 0,25 Prozentpunkten aus. Danach dürfte der Hauptrefinanzierungssatz auf dem Niveau von 4 Prozent für einige Zeit verharren. Erst gegen Mitte nächsten Jahres dürften Zinssenkungen als Reaktion auf die sich wohl abschwächende Inflation erfolgen.

Die Überschussliquidität wird weiter reduziert. Im Februar hatte die EZB entschieden, von März bis Juni einen Teil der auslaufenden Anleihen im Rahmen des regulären Anleihekaufprogrammes nicht zu reinvestieren (passiver Ansatz der quantitativen Straffung). Dies entsprach

einer Rückführung des Anleihebestandes von rund 15 Mrd. Euro pro Monat. Ab Juli wird die EZB nun alle fällig werdenden Anleihen des regulären Ankaufprogrammes auslaufen lassen. Dadurch verdoppelt sich das Tempo des Bilanzabbaus in etwa. Im Mai hat die EZB kommuniziert, dass fällig werdende Anleihen im Rahmen des pandemischen Anleihekaufprogrammes bis Ende 2024 vollständig reinvestiert werden. Die quantitative Straffung unterstützt die Bremswirkung der Zinsanhebungen, jedoch bleiben die Zinsen für die EZB das Hauptinstrument zur Bekämpfung der Inflation (Sonnenberg 2023). Durch den langsamen und schrittweisen Abbau des Anleihebestandes (Bestand Ende Mai: 4.876 Mrd. Euro, Reduktion bis Mai 2024 um voraussichtlich 326 Mrd. Euro) laufen die dämpfenden Effekte der Anleihekaufprogramme auf die langfristigen Zinsen nur langsam aus.¹ Der Bestand an gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäften wurde schon deutlich von 2.200 Mrd. Euro Mitte 2022 auf 1.100 Mrd. Euro im Mai 2023 zurückgeführt. Dabei wurde der größte Teil freiwillig von den Banken zurückgezahlt, nachdem die EZB im Oktober 2022 die Konditionen angepasst hatte. Ende Juni werden weitere 477 Mrd. Euro im Rahmen eines TLTRO-III-Tenders fällig, was die Überschussliquidität weiter zurückführen wird. Für das deutsche Bankensystem sollte die Rückführung der Überschussliquidität für sich genommen keine nennenswerten Effekte auf die Kreditvergabe haben, da der Liquiditätsbestand hoch bleibt.²

Die Finanzierungsbedingungen haben sich verschlechtert. 10-jährige Staatsanleihen rentieren seit Anfang Februar mit 2,3 Prozent. Anfang 2022 lag die Rendite noch bei rund 0 Prozent. Bundesanleihen dienen im Finanzmarkt als sicherer Hafen. Der Anstieg der Rendite ist darauf zurückzuführen, dass im Durchschnitt für die nächsten 10 Jahre ein höheres Zinsniveau erwartet wird und die Risikoprämie, die mit Kursänderungsrisiken verbunden ist, angestiegen ist (Deutsche Bundesbank 2023b). Auf Basis von

¹ Laut Schätzungen der Deutschen Bundesbank (2023a) haben die Anleihekäufe des Eurosystems die Terminprämie auf langfristige Zinsen in der Spitze um bis zu 1 Prozentpunkt gedrückt.

² In der jüngsten Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken gaben Banken an, dass die Rückführung der TLTROs einen restriktiven Effekt auf die

Kreditvergabe hat (Europäische Zentralbank 2023). Dieser Effekt zeigt sich auch in Deutschland, ist aber in Bankensystemen ausgeprägter, in dem die Überschussliquidität stark durch die Rückführung der TLTROs sinkt (z.B. Italien).

inflationsexplizierten 10-jährigen Bundesanleihen ergibt sich im Mai ein erwarteter Realzins von 0 Prozent und eine Kompensation von Inflation von 2,3 Prozent.³ Vor einem Jahr lag der erwartete Realzins noch bei -1,4 Prozent. Vor dem Hintergrund des allmählich endenden Zinsanhebungszyklus dürfte der Zins auf 10-jährige Bundesanleihen bis zum Ende des Prognosezeitraums nur noch leicht auf 2,6 Prozent steigen. Ähnlich wie die Verzinsung von Staatsanleihen haben sich auch die Renditen von inländischen Unternehmensanleihen entwickelt. Im Mai notierten diese bei rund 4,2 Prozent. Der Aufschlag gegenüber Bundesanleihen mit einer vergleichbaren Laufzeit lag im Mai bei 1,7 Prozentpunkten. Eine Verteuerung der Finanzierung zeigt sich auch bei Krediten an den Privatsektor. Die Zinsen für Wohnungsbaukredite beliefen sich im April auf 4,2 Prozent und sind somit seit einem Jahr um rund 2,4 Prozentpunkte gestiegen.⁴ Dies trifft auch auf Unternehmenskredite mit einem Volumen über 1 Mill. Euro zu, die im April bei einem Zins von 4,2 Prozent lagen, rund 2,4 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr. Neben den Zinsbedingungen haben die Banken auch die Vergabestandards für Kredite an Haushalte und Unternehmen verschärft (Europäische Zentralbank 2023). Dabei spielt bei Unternehmenskrediten vor allem die Risikoeinschätzung der Banken eine Rolle. Diese zeigt sich in Zinsaufschlägen für durchschnittliche und risikoreiche Kredite, aber auch an den Anforderungen an die hinterlegten Sicherheiten. Die Banken geben auch seit dem dritten Quartal 2022 eine erhöhte Ablehnung von Kreditanträgen an, welche sich in etwa gleichermaßen auf große und kleine Unternehmen aufteilt. Bei Wohnungsbaukrediten spielt ebenfalls die Risikoeinschätzung der Banken die größte Rolle bei der Verschärfung der Kreditvergabestandards. Die Zahl der Banken, die über einen Anstieg der Ablehnungen von Wohnungsbaukrediten berichten, stieg seit dem zweiten Quartal 2022 ebenfalls stark. Zuletzt war der Indikator im ersten Quartal 2023 auf hohem Niveau leicht rückläufig.

In der Neukreditvergabe hinterlässt die geldpolitische Straffung deutliche Spuren. Das Neugeschäft von Wohnungsbaukrediten hat am

schnellsten und stärksten auf das veränderte Zinsniveau reagiert. Im April lag das Neugeschäft bei rund 13 Mrd. Euro und somit rund 50 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. In Umfragen zum Kreditgeschäft geben Banken an, dass der Rückgang in der Kreditnachfrage seitens der Haushalte vor allem auf den Zinsanstieg zurückgeht. Zusätzlich wirken aber auch das gesunkene Konsumentenvertrauen und die Aussichten auf weiter fallende Immobilienpreise negativ auf die Kreditnachfrage (Europäische Zentralbank 2023). Seitens der Unternehmen war die Kreditnachfrage durch die Finanzierung von Umlaufvermögen getrieben. So dürften die kräftigen Preisanstiege für Vorleistungsgüter die Kreditnachfrage erhöht haben. In der Statistik spielen zusätzlich die Kredite der KfW eine Rolle, die zur Rettung von einigen Gasversorgern ausgegeben wurden (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2023, Deutsche Bundesbank 2023c). Negativ auf die Kreditnachfrage wirkten aber Zinsanstiege und der Rückgang in der Finanzierung von längerfristigen Investitionen. Insgesamt ist der Kreditimpuls für die deutsche Volkswirtschaft somit deutlich negativ.

Außenhandel

Die Dienstleistungen stützten zuletzt die Ausfuhren. Im Gegensatz dazu waren die Warenexporte im ersten Quartal auf breiter Front leicht rückläufig. Neben dem weiterhin besonders wichtigen EU-Geschäft gingen auch die nominalen Warenexporte in die Vereinigten Staaten und nach China zurück. Damit setzt sich insbesondere im Warenaustausch mit China ein Trend fort: In den vergangenen zwölf Monaten sind die Lieferungen in das Reich der Mitte in allen bedeutenden Warengruppen gefallen. In diesem Zeitraum sind zwar die Pkw-Exporte in die gesamte Welt gestiegen, nach China sind diese aber kontinuierlich gesunken. Die Exporte von Konsum- und Vorleistungsgütern fielen im Vorquartalsvergleich deutlich, während die Ausfuhr von Kapitalgütern in etwa stabil blieb. Im Kontrast hierzu legten die Dienstleistungsexporte kräftig zu, so dass die Exporte insgesamt im ersten Quartal leicht zunahmen. Vor allem der

³ Diese Kompensation spiegelt im Wesentlichen die Inflationserwartungen wider, hinzu kommt eine Inflationsrisikoprämie.

⁴ Tägliche Daten des Zinsportals Interhyp (2023) für 10-jährigen Hypothekenzinsen lagen Anfang Juni zwischen 3,8 und 3,9 Prozent.

Reiseverkehr und der Lufttransport sowie technische und EDV-Dienstleistungen haben positiv zu der Entwicklung beigetragen. Lediglich die Einnahmen aus dem Seetransport gaben als Resultat der weltweit rückläufigen Frachtraten deutlich nach. Im Vergleich zum Vorquartal stiegen die Dienstleistungsexporte um 3,7 Prozent. Die Warenexporte fielen um 0,4 Prozent.

Die Frühindikatoren für das Auslandsgeschäft haben sich erneut eingetrübt. Die Indikatoren haben nach leicht positiver Entwicklung im ersten Quartal ihre Erholungsphase ausgesetzt. Die Produktionserwartungen in den Partnerländern gewichtet nach deutschen Exportvolumen etwa hatten sich zu Jahresbeginn leicht verbessert, fielen aber seit April wieder. Im Mai fielen zudem die ifo Exporterwartungen auf den niedrigsten Stand seit einem halben Jahr, und der Kiel Trade Indicator legt ebenfalls einen Rückgang der Exporte im zweiten Quartal nahe. Für das laufende Quartal rechnen wir mit abnehmenden Warenexporten um 0,4 Prozent. Bei den Dienstleistungsexporten könnte sich nach dem Zuwachs im ersten Quartal eine Gegenbewegung um -1,2 Prozent einstellen. Im weiteren Verlauf werden die Exporte angesichts der stabilen Weltkonjunktur und der weiterhin recht hohen Auftragsbestände wohl wieder moderat expandieren (Gern et al. 2023). Dämpfend dürfte die jüngste Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wirken. Bis zum Mai hat sie sich gegenüber anderen Industriestaaten merklich eingetrübt, da die heimische Teuerungsrate nun jene der Vereinigten Staaten, Japans oder der Schweiz überragt und der Euro aufgewertet hat. In diesem Jahr insgesamt dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit um 0,9 Prozent verschlechtern. Alles in allem dürften die Exporte im laufenden Jahr in etwa stagnieren, gefolgt von einem Zuwachs um 2,9 Prozent in 2024.

Die Importe waren im ersten Quartal mit -0,9 Prozent leicht rückläufig. Dieser Rückgang geht auf die gesunkenen Warenimporte (-2,6 Prozent) zurück, wobei das Minus bei der Einfuhr von Konsumgütern mit 11,3 Prozent besonders kräftig ausfiel. Geografisch betrachtet sind die Importe breit gestreut gefallen, wobei die nominalen Rückgänge vis-à-vis europäischen Ländern außerhalb der EU (-16,5 Prozent) und China (-11,9 Prozent)

überdurchschnittlich ausgeprägt waren. Aufgrund der hohen Bedeutung elektronischer Konsumgüter im europäisch-chinesischen Handel dürfte vor allem die hiesige Konsumschwäche maßgeblich für den schwachen Handel mit China mitverantwortlich sein. Lediglich die Dienstleistungsimporte sind im ersten Quartal mit 5,0 Prozent deutlich gestiegen. Sowohl der leichte statistische Unterhang aus dem ersten Quartal als auch die Entwicklung der Spezialhandelsimporte im April legen einen leichten Rückgang der Warenimporte nahe. Der Kiel Trade Indicator signalisiert für deutsche Warenimporte eine Seitwärtsbewegung im zweiten Quartal. Wir rechnen insgesamt mit einem Rückgang der Warenimporte für das laufende Quartal von 0,2 Prozent und einem Rückgang der Dienstleistungsimporte um 2 Prozent. Im weiteren Verlauf dürften die Importe angesichts der wieder anziehenden wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland expandieren. Im Jahr 2023 werden die Importe voraussichtlich um 1 Prozent fallen und im Folgejahr mit 3,7 Prozent zulegen. Dieser Verlauf spiegelt nicht zuletzt die Entwicklung des privaten Konsums wider, der ebenfalls in 2023 fällt und in 2024 steigt.

Die Erholung der Terms of Trade stockte im ersten Quartal. Nach dem rasanten Rückfall der Importpreise im Schlussquartal 2022 und der damit einhergehenden Verbesserung der Terms of Trade hat sich die Erholung im ersten Quartal 2023 merklich verlangsamt. Die Importpreise sind zwar im ersten Quartal um 1,9 Prozent gefallen. Jedoch gaben auch die Exportpreise um 1,4 Prozent nach. Die Preisentwicklung des Warenhandels im April legt mäßige Preisabnahmen für das laufende Quartal nahe, die für Importe etwas stärker ausgeprägt sein dürften. Aufgrund der Dienstleistungspreise dürften die Exportpreise jedoch leicht steigen. Insgesamt rechnen wir mit einer Verbesserung der Terms of Trade im laufenden Quartal von 1,6 Prozentpunkten. Damit dürften die Terms of Trade in diesem Jahr in etwa wieder ihr langjähriges Mittel seit dem Jahr 2000 erreichen, das in 2022 deutlich unterschritten wurde.

Entstehung

Die jüngst ungewöhnlich großen Unterschiede zwischen den Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts erschweren die Konjunkturdiagnose. Im ersten Quartal legte die Bruttowertschöpfung um 0,9 Prozent zu, während das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent schrumpfte. Der von vielen Frühindikatoren signalisierte Anstieg der Wirtschaftsleistung hat sich demzufolge nur in der Bruttowertschöpfung materialisiert. Bereits seit dem Beginn der Pandemie sind die Unterschiede zwischen den Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts ungewöhnlich hoch: Während die absolute durchschnittliche Differenz der Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal zwischen den Jahren 1991 bis 2019 bei 0,2 Prozentpunkten lag, ist sie seit dem Jahr 2020 dreimal so groß. Entsprechend waren auch die Schwankungen bei den Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) zuletzt besonders ausgeprägt. In nominaler Rechnung lassen sich die Nettogütersteuern direkt aus dem Staatskonto ablesen. In realer Rechnung sowie saison- und kalenderbereinigt können jedoch nicht nur ökonomische Faktoren, sondern auch Messprobleme zu den Schwankungen bei den Nettogütersteuern beitragen. Schwankungen beim privaten Konsum, die während der Pandemie ungewöhnlich groß waren, spiegeln sich beispielsweise typischerweise bei den preisbereinigten Gütersteuern wider, da die Mehrwertsteuer einen Großteil der Gütersteuern ausmacht. Messprobleme können demgegenüber beispielsweise dadurch entstehen, dass die zeitnahe Messung der Wirtschaftsleistung durch das Statistische Bundesamt seit dem Beginn der Pandemie schwieriger geworden ist. In diesem Zusammenhang dürften die großen pandemiebedingten Ausschläge bei der Wirtschaftsleistung nicht zuletzt die Saisonbereinigung erschwert haben. Für einen Einfluss der Saisonbereinigung spricht, dass die Unterschiede (der preisbereinigten Reihen) im Vorjahresvergleich deutlich geringer und im historischen Vergleich nicht ungewöhnlich groß waren. Im ersten Quartal war die Diskrepanz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung jedoch auch im Vorjahresvergleich recht ausgeprägt. Zuletzt könnten sich die Messprobleme aufgrund der

Preisbremsen für Gas und Strom vergrößert haben, sofern sich die periodengerechte Berücksichtigung der in diesem Rahmen geleisteten Gütersubventionen bei den Deflatoren als schwierig erweist (Jannsen 2022). Anhand eines Modells, das sich auf die Entwicklung unterschiedlicher für die Gütersteuern relevanter Verwendungskomponenten stützt (z.B. privater Konsum oder Wohnungsbauinvestitionen), lassen sich Veränderungen bei den preisbereinigten Nettogütersteuern in der Tendenz gut erklären (Kasten 1). Abweichungen von dem Modell können u.a. auf durch Messprobleme verursachte Schwankungen hindeuten. In der Vergangenheit haben sich diese Abweichungen in der Regel recht rasch wieder ausgeglichen. Für das erste Quartal kann das Modell den Rückgang der Nettogütersteuern – und damit die deutlich schwächere Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der Bruttowertschöpfung – nur zu einem kleinen Teil erklären.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im zweiten Quartal kaum mehr als stagnieren. Viele Frühindikatoren wiesen im Monatsverlauf zuletzt große Schwankungen auf. So deuteten die Indikatoren bis Mitte des vierten Quartals 2022 und des ersten Quartals 2023 noch auf Anstiege des Bruttoinlandsprodukts hin, bevor sie jeweils im Schlussmonat deutlich zurückgegangen oder sogar eingebrochen waren. Auffällig ist, dass sich ausweislich von Unternehmensbefragungen weder die Geschäftslage noch die Geschäftserwartungen im Dezember oder März verschlechtert hatten, sondern sogar deutlich zulegen konnten. Für temporäre Effekte spricht auch, dass der Krankenstand im Dezember und im März jeweils sprunghaft gestiegen war und sich in den Folgemonaten wieder deutlich verringerte. Solch große Anstiege des Krankenstands können die Wirtschaftsleistung massiv beeinträchtigen, auch wenn die Effekte schwer zu quantifizieren sind (Groll 2023). Bei den Rückgängen im März dürfte es sich freilich bei einigen Indikatoren, wie der Industrieproduktion oder den preisbereinigten Warenausfuhren, zum Teil auch um Gegenbewegungen zum starken Anstieg im Februar gehandelt haben. Anders als im Dezember sind die preisbereinigten Umsätze in den Dienstleistungsbranchen im März gestiegen. Ausweislich von Unternehmensbefragungen hat sich die Geschäftslage in diesen

Branchen im April und Mai weiter verbessert, was für eine deutlich anziehende Aktivität bei den Dienstleistungen im zweiten Quartal spricht. Für einen nur moderaten Anstieg der Wirtschaftsleistung spricht dagegen die recht schwache Industrieproduktion im April. Alles in allem rechnen wir für das zweite Quartal mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,1 Prozent. Für unsere Prognose halten wir an unserer üblichen Vorgehensweise fest, für Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt ähnliche Zuwachsraten zu unterstellen, weil die Abweichungen quantitativ nur schwer vorhersehbar und wohl zu großen Teilen auf Messprobleme zurückzuführen sind und somit keinen eigenständigen konjunkturellen Gehalt haben.

Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe legt zu, erreicht aber vorerst nicht wieder ihre Höchststände aus dem Jahr 2018.

Die Auftragseingänge befinden sich seit Beginn des Krieges in der Ukraine im Sinkflug. Im April lagen sie fast 20 Prozent unter dem Niveau zu Jahresanfang 2022. Gleichwohl ist die Industrieproduktion in diesem Zeitraum in etwa stabil geblieben, und die Unternehmen haben ihre hohen Auftragsbestände, die sich infolge von Lieferengpässen aufgebläht hatten, bis zuletzt kaum abgebaut. Erst nach dem Einbruch im März um rund 11 Prozent haben die Auftragseingänge ein so niedriges Niveau erreicht, dass die Unternehmen bei dem gegenwärtigen Produktionsniveau ihre Auftragsbestände allmählich abbauen. Die Auftragsbestände befinden sich jedoch weiterhin noch rund 30 Prozent über ihrem Vorkrisenniveau – diese zusätzlichen Auftragsbestände dürften etwa 10 Prozent der gegenwärtigen Jahresproduktion ausmachen –, so dass die Industrieunternehmen selbst bei einer anhaltenden Auftragsflaute ihre Produktion vorerst ausweiten könnten. Allerdings ist die Industrieproduktion zuletzt nicht gestiegen, obwohl die Lieferengpässe Umfragen zufolge spürbar nachgelassen haben. Zum Teil ist dies auf die Belastungen der energieintensiven Branchen durch die Energiekrise zurückzuführen – seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ist die Produktion dort um rund 15 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist die Produktion in den anderen Branchen immerhin um rund 3 Prozent gestiegen. Zum Teil dürfte die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe aber auch zunehmend

durch Kapazitätsengpässe behindert werden. Dazu tragen nicht nur temporäre Störungen, wie die Lieferengpässe oder der hohe Krankenstand bei. Die Produktionskapazitäten dürften auch dauerhaft gesunken sein, nicht zuletzt durch den Strukturwandel in der Automobilbranche, die höheren Energiepreise und den anhaltenden Fachkräftemangel. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die industrielle Bruttowertschöpfung im laufenden und im kommenden Jahr jeweils um rund 2 Prozent steigen wird, da die Unternehmen von ihren hohen Auftragsbeständen zehren können und sich die temporären Produktionshemmnisse weiter verringern dürften. Allerdings wird sie voraussichtlich bis zum Ende des Prognosezeitraums hinter ihren Höchstständen aus dem Jahr 2018 zurückbleiben, da die Produktionskapazitäten seitdem offenbar gesunken sind. Im zweiten Quartal dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in etwa stagnieren. Die Industrieproduktion lag zwar im April unterhalb des Niveaus aus dem ersten Quartal, allerdings spricht die Lkw-Fahrleistung, die ein guter Frühindikator für die Industrie ist (Jannsen 2023), für einen recht deutlichen Anstieg im Mai.

Die Bruttowertschöpfung bei den Dienstleistungen zieht branchenübergreifend wieder an. Nachdem die Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen, wie „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ und „Sonstige Dienstleister“, im vierten Quartal des vergangenen Jahres deutlich zurückgegangen war, stabilisierte sie sich im ersten Quartal. Die kräftigen Anstiege bei den Nettolöhnen und -gehältern und bei den monetären Sozialleistungen, die mittlerweile wieder stärker anziehen als die Verbraucherpreise, dürften die Aktivität in diesen Branchen im gesamten Prognosezeitraum stimulieren und dazu beitragen, dass die zuvor verzeichneten Einbußen allmählich wettgemacht werden. Die unternehmensnahen Dienstleister dürften nicht zuletzt von der anziehenden Produktion im Verarbeitenden Gewerbe profitieren. Die Frühindikatoren sprechen für einen recht kräftigen Anstieg der Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbranchen im zweiten Quartal.

Heimische Absorption

Kaufkraftverluste haben den privaten Konsum im ersten Quartal weiter gedrückt. Insgesamt gingen die privaten Konsumausgaben mit 1,2 Prozent etwas stärker zurück als von uns im Frühjahr erwartet (-0,5 Prozent), nachdem sie bereits im vierten Quartal um 1,7 Prozent gesunken waren. Die Einzelhandelsumsätze sind nach dem deutlichen Rückgang im vierten Quartal nochmals gesunken. Nach dem Beginn der Pandemie, in der die privaten Haushalte deutlich weniger Dienstleistungen konsumieren konnten, waren sie lange Zeit ausgesprochen hoch. Im ersten Quartal lagen die Umsätze nun wieder in etwa auf dem Niveau des Jahres 2019 und haben sich damit der Entwicklung der real verfügbaren Einkommen, die zuletzt recht deutlich unter ihrem Niveau aus dem Jahr 2019 lagen, wieder angenähert. Auch die Umsätze im Kfz-Handel gingen im ersten Quartal zurück, nachdem Förderungen im Rahmen des Umweltbonus zum Jahreswechsel eingeschränkt wurden, wodurch es zu Vorzieheffekten gekommen war. Die Konsumausgaben für Freizeitaktivitäten, die im vierten Quartal besonders kräftig zurückgefahren worden waren, blieben trotz der erneut rückläufigen real verfügbaren Einkommen im ersten Quartal in etwa unverändert.

Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ziehen nach einem Rückgang im laufenden Jahr merklich an. Die Masseneinkommen, insbesondere die Nettolöhne und -gehälter der privaten Haushalte und die monetären Sozialleistungen, werden im Prognosezeitraum deutlich beschleunigt zulegen. So werden die Effektivverdienste angesichts der hohen Inflation und der Arbeitskräfteknappheit deutlich steigen. Im laufenden Jahr sorgen Anpassungen bei der Einkommensteuer für ein zusätzliches Plus bei den verfügbaren Einkommen. Bei den monetären Sozialleistungen führt unter anderem die Anhebung der Regelsätze in den sozialen Sicherungssystemen zu kräftigen Anstiegen. Gleichwohl dürften die verfügbaren Einkommen mit Expansionsraten von 4,5 Prozent (2023) bzw. 4,6 Prozent (2024) nicht mit der ausgesprochen hohen Zuwachsrate des Vorjahres (7,2 Prozent) Schritt halten. Maßgeblich ist, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, die im vergangenen Jahr um fast 14 Prozent gestiegen waren, im

Prognosezeitraum angesichts des eingetrübten wirtschaftlichen Umfelds wohl keine große Dynamik mehr entfalten werden. Aufgrund des anhaltend hohen Preisauftriebs werden die real verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr wohl um rund 1 Prozent sinken. Im kommenden Jahr, wenn die Verbraucherpreise in deutlich geringerem Tempo steigen, dürften sie um 2,5 Prozent zulegen. Die Masseneinkommen, von denen wohl ein deutlich größerer Anteil für Konsumzwecke aufgewendet wird als von den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, steigen real dagegen voraussichtlich bereits im laufenden Jahr spürbar.

Die privaten Konsumausgaben überwinden ihre Schwächephase. Nach dem kräftigen Rückgang im Winterhalbjahr dürfte der private Konsum im weiteren Verlauf des Jahres wieder zunehmen. Dafür sprechen die hohen Anstiege der realen Masseneinkommen. Zudem dürften die privaten Haushalte einen größeren Teil ihrer Einkommen für Konsumzwecke aufwenden. Die Sparquote befand sich bis zuletzt noch über dem Niveau von vor dem Beginn der Pandemie, auch wenn sie im vergangenen Jahr insgesamt deutlich zurückgegangen war. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte stieg sie saisonbereinigt jedoch wieder etwas an. Dazu beigetragen haben könnte die Unsicherheit bezüglich der Energiepreise, nachdem im Herbst die Großhandelspreise für Gas und Strom Rekordwerte verzeichneten. Mittlerweile sind die Großhandelspreise wieder deutlich gesunken und die Preisbremsen haben die Unsicherheit zusätzlich reduziert. Allerdings könnte derzeit die Unsicherheit über die Regulierung der Wärmeversorgung von Wohngebäuden die Konsumneigung belasten. Im ersten Quartal ist die Sparquote saisonbereinigt bereits wieder etwas zurückgegangen. Insgesamt nehmen wir an, dass sich die Sparquote im Prognosezeitraum wieder ihrem Vorkrisenniveau von 10,8 Prozent aus dem Jahr 2019 annähert. Derzeit gibt es wenig Anzeichen dafür, dass die privaten Haushalte zeitnah auf ihre während der Pandemie angehäuften umfangreichen zusätzlichen Ersparnisse – von rund 200 Mrd. Euro bzw. mehr als 10 Prozent des privaten Konsums aus dem Jahr 2022 – für Konsumausgaben zurückgreifen werden. Für diese Prognose unterstellen wir deshalb, dass die Sparquote im Prognosezeitraum auch

zwischenzeitlich nicht nennenswert unter ihr Niveau aus dem Jahr 2019 sinken wird; in unserer Frühjahrsprognose hatten wir noch angenommen, dass die privaten Haushalte knapp 10 Prozent ihrer zusätzlichen Ersparnisse für Konsumausgaben aufwenden würden. Für das zweite Quartal rechnen wir mit einem leichten Anstieg der privaten Konsumausgaben. So waren die Einzelhandelsumsätze im April wieder gestiegen und befanden sich damit auf dem Niveau des ersten Quartals. Zudem verbessert sich das Konsumklima der privaten Haushalte sukzessive, auch wenn es sich nach wie vor auf äußerst niedrigem Niveau befindet. Im laufenden Jahr dürften die privaten Konsumausgaben aufgrund des niedrigen Niveaus im ersten Quartal insgesamt um rund 1 Prozent sinken. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg von rund 2,7 Prozent.

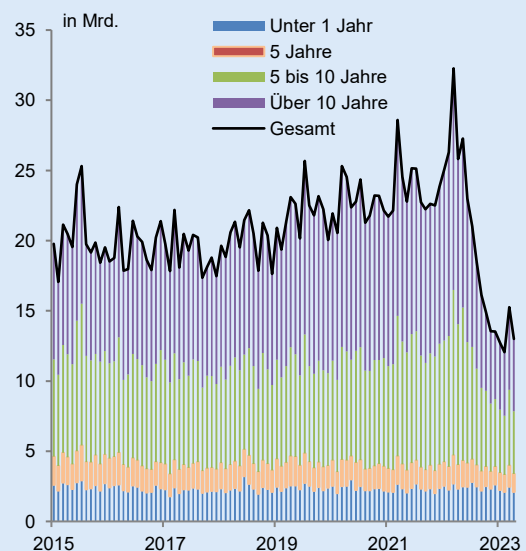
Der Staatskonsum ist zu Jahresbeginn regelrecht eingebrochen. Maßgeblich sind der Wegfall von Corona-bedingten Ausgaben für Impfungen, Tests oder das Freihalten von Krankenhausbetten. Das nun vorliegende Muster, das eine scharfe Kante zwischen dem vierten Quartal 2022 und dem ersten Quartal 2023 zeichnet, erscheint allerdings mit Blick auf den Verlauf der Pandemie bzw. der entsprechenden Maßnahmen unplausibel, da bereits im Verlauf des Jahres 2022 viele Maßnahmen entfallen sind. So zahlte der Gesundheitsfonds im ersten Quartal 2022 noch 10 Mrd. Euro Finanzhilfen in das Gesundheitssystem. Im vierten Quartal war es nur noch reichlich eine Mrd. Euro. Während eine deutliche Abschwächung des Staatskonsums zum Vorjahr durchaus plausibel ist, ist es eine plötzliche Veränderung im ersten Quartal 2023 weniger. Da zudem für das erste Quartal noch keine Zahlen der Sozialversicherungen vorliegen, liegt hier ein gewisses Revisionspotenzial vor. Aus diesem Grund nehmen wir für das zweite Quartal eine Gegenbuchung vor, was zwischenzeitlich die Dynamik zwar deutlich überzeichnet, das Niveau aber besser erfassen dürfte. Im weiteren Verlauf wird der Staatskonsum wohl auf seinen von steigenden Gesundheits- und Pflegeausgaben gekennzeichneten Trend einschwenken.

Die Bauinvestitionen stiegen im ersten Quartal stark, der Preisauftrieb war bis zuletzt kräftig. Entgegen dem allgemeinen Abschwung

legten die Bauinvestitionen um 3,9 Prozent – und damit stärker als von uns erwartet – zu. Die seit über zwei Jahren im Trend deutlich rückläufigen Investitionen im Wohnungsbau stiegen um 4,2 Prozent. Das erste Quartal dürfte vor allem Nachholeffekte aus dem Dezember vergangenen Jahres widerspiegeln, der durch hohe Krankenstände und schlechte Wetterverhältnisse geprägt war. Insbesondere die Bauproduktion im Ausbaugewerbe nahm stark zu (rund 7 Prozent). Steigende Materialkosten und eine hohe Nachfrage im Bau, die ausgelasteten Kapazitäten der Bauunternehmen gegenüberstand, hatten sich im vergangenen Jahr stark in den Preisen niedergeschlagen. Dieser Preisauftrieb setzte sich aufgrund der erneut gestiegenen Baukosten und einer weiterhin recht hohen Kapazitätsauslastung fort. Der Deflator stieg im ersten Quartal um 2,5 Prozent.

Die Rahmenbedingungen für den Bau bleiben schlecht. Der rasante Anstieg der Wohnbauzinsen ließ das Neukreditvolumen für Wohnbaukredite einbrechen (Abbildung 2). Seit Jahresbeginn liegt es etwa auf der Hälfte des Vorjahresniveaus. Gleichzeitig sind die Baukosten weiterhin hoch. Das Transaktionsvolumen von Bestandsimmobilien sowie laufende Preiskorrekturen sprechen zudem für einen anhaltenden Investitionsattentismus. Infolgedessen fielen die

Abbildung 2:
Neugesäftsvolumina Wohnungsbaukredite



Monatsdaten, bei Neugeschäften, verschiedene Laufzeiten, in Milliarden Euro.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken.

Auftragseingänge im Hochbau zu Jahresbeginn um rund 4 Prozent gegenüber dem Vorquartal und um rund 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber ihrem Hochpunkt im Dezember 2021 sanken die Auftragseingänge im Hochbau um ein Drittel. Auch die Baugenehmigungen folgen weiter einem negativen Trend und gingen im ersten Quartal um 5 Prozent gegenüber dem Vorquartal bzw. um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Der rasche Anstieg der Finanzierungskosten spricht zudem dafür, dass bereits bestehende Baugenehmigungen nach Ablauf ihrer im Mittel fünfjährigen Gültigkeit ohne Bautätigkeit zu größeren Teilen erlöschen.⁵ Umfragen zufolge verdoppelte sich die Zahl der Unternehmen, die über mangelnde Nachfrage klagen, im Vergleich zum Tiefpunkt Ende 2021 und erreichte ein Niveau, das zuletzt im Jahr 2010 erreicht wurde. Während im gesamten Bau jedes vierte Unternehmen über mangelnde Nachfrage klagt, ist es beim Wohnbaugewerbe jedes dritte Unternehmen. Zwar fiel die Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe zuletzt um 4 Prozentpunkte gegenüber ihrem Hochpunkt im Dezember 2021, sie ist aber im längerfristigen Vergleich noch hoch. Dies erklärt sich neben längeren Bauzeiten (BBSR 2023) und fehlenden Fachkräften vor allem durch den weiterhin hohen Auftragsbestand, der sich während der Corona-Pandemie aufgebaut hatte und immer noch rund 65 Prozent über seinem langjährigen Durchschnitt (2000-2015) liegt. Dieser dürfte sich allerdings vor dem Hintergrund sinkender Auftragsingänge und der Umfragen zu Folge hohen Stornierungsrate zügig abbauen. Im Prognosezeitraum dürfte der Preisauftrieb der Baupreise zeitnah gestoppt werden. Laut Umfragen spielen Materialengpässe im Bau kaum noch eine Rolle, und die Materialpreise für Ziegel und Beton haben ein Plateau erreicht. Die Preise für Stahl und Holz sanken zuletzt. Eine steigende Zahl von Unternehmen berichtet von fallenden Baukosten. Die Unternehmen rechnen aktuell per Saldo mit sinkenden Baupreisen. Die seit Jahren kräftig gestiegenen Margen lassen zudem

⁵ Im dem Abschwung in der Baubranche von 1997 bis 2002 verdoppelte sich die Zahl der erloschenen Baugenehmigungen auf etwa 38.000 Wohnungen pro Jahr bzw. rund 10 Prozent der gesamten Wohnungsbaugenehmigungen. Während die rasche Zinsanhebung für einen Anstieg der erloschenen

Preissenkungsspielraum zu. Insgesamt gehen wir von einem deutlich abnehmenden Preisdruck aus.

Der Einbruch im Bau setzt sich im Prognosezeitraum fort. Die Frühindikatoren deuten für das zweite Quartal auf sinkende Bauinvestitionen hin. Zwar lag die Bauproduktion im April leicht oberhalb des ersten Quartals. Allerdings ist die Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe zuletzt deutlich zurückgegangen, und die Unternehmen berichten in Umfragen über sinkende Produktion. Auch beklagen sich mehr Unternehmen als im Vorquartal über die Witterungsbedingungen. Insgesamt bewerten Unternehmen ihre Geschäftslage im Vergleich zum Vorquartal schlechter. Alles in allem erwarten wir für das zweite Quartal einen Rückgang der Bauinvestition um 1,9 Prozent. Im Gesamtjahr dürften die Bauinvestitionen um 2,7 Prozent sinken. Im Jahr 2024 werden sie wohl nochmal um 1,4 Prozent zurückgehen. Insgesamt bleibt der Baubedarf – im Wohnungswesen nicht zuletzt infolge von Zuzügen – hoch. Eine Belebung der Investitionen setzt jedoch deutlichere Preiskorrekturen voraus, die sich erst nach und nach einstellen dürften.

Der rückläufige Wohnungsbau lastet auf den Bauinvestitionen. Der Wohnungsbau hat mit rund 60 Prozent einen besonders großen Anteil an den Bauinvestitionen. Die zuletzt kräftig gestiegenen Finanzierungskosten wirken sich bereits drastisch auf die Nachfrage aus. Im Jahresvergleich sind die Auftragseingänge um 36 Prozent gesunken, und auch der Auftragsbestand ist bereits um 18 Prozent geschrumpft. Ebenfalls stark fallende Baugenehmigungen sowie Umfragen zum Geschäftsklima deuten auf eine fortgesetzte Abwärtsdynamik hin. Der Wohnungsbau dürfte mit einem Rückgang von 4,2 Prozent (2023) und 3 Prozent (2024) die Dynamik der Bauinvestitionen auch insgesamt prägen. Die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsbau sind ebenfalls eingetrübt, jedoch dürfte hier die Stabilisierung früher einsetzen. Zwar deuten steigende Leerstandsquoten von

Genehmigungen spricht, dürfte das aktuell im Vergleich zu vergangenen Zyklen recht geringe Niveau der Baugenehmigungen auf eine gewisse Vorsicht bei Investitionsentscheidungen hinweisen, die einen solchen Effekt dämpfen würde (BBSR 2023).

Büroflächen in deutschen Großstädten auf sinkende Bedarfe in diesem Segment hin. Die Auftragseingänge im gewerblichen Bau waren zuletzt aber insgesamt leicht aufwärtsgerichtet. Zudem dürften Ausrüstungsinvestitionen, die oft mit Bauvorhaben verbunden sind, im Prognosezeitraum ausgeweitet werden. Für den Wirtschaftsbau rechnen wir mit Einbußen von 2 Prozent im Jahr 2023 und von 0,3 Prozent im Jahr in 2024. Der öffentliche Nichtwohnungsbau dürfte nach einem sehr dynamischen Jahresauftakt zwar etwas an Fahrt verlieren, aber angesichts der weiterhin robusten Neuaufträge weiter expandieren. Begünstigt durch die in den vergangenen Jahren gute Kassenlage der Kommunen und allmählich freiwerdender Kapazitäten aus dem privaten Bau dürfte der positive Trend in das kommende Jahr hinein anhalten. Der öffentliche Nichtwohnungsbau dürfte im laufenden Jahr leicht sinken und im Jahr 2024 um rund 1 Prozent steigen.

Die Ausrüstungsinvestitionen legen im Prognosezeitraum weiter robust zu. Nach einem Rücksetzer im Schlussquartal des vergangenen Jahres nahmen die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge im ersten Quartal um 3,2 Prozent zu. Während die privaten Ausrüstungsinvestitionen deutlich zulegten (+5 Prozent), fielen die staatlichen Investitionen, die einen Anteil von rund 10 Prozent ausmachen und recht volatil sind, deutlich (-18,1 Prozent). Der kräftige Anstieg im ersten Quartal ist auch als Gegenbewegung zum Rückgang der privaten Ausrüstungsinvestitionen im Schlussquartal des vergangenen Jahres (-2,4 Prozent) zu verstehen, der sich so in den einschlägigen Frühindikatoren nicht abgezeichnet hatte. Eingetrübte Konjunkturerwartungen seit Beginn des Ukrainekrieges und schlechtere Finanzierungsbedingungen sprechen zwar für sich genommen für einen Rückgang der Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Dem wirkt jedoch entgegen, dass im Zuge von Lieferengpässen viele Investitionsprojekte noch nicht realisiert werden konnten, die in dem Maße nachgeholt werden, wie Investitionsgüter wieder leichter verfügbar werden. Für das zweite Quartal liefern Frühindikatoren allerdings überwiegend negative Signale. Die Auftragseingänge der Investitionsgüterproduzenten waren zuletzt leicht abwärtsgerichtet und liegen mittlerweile rund 16 Prozent

unter ihrem Höhepunkt im Jahr 2021. Sowohl die Produktion von Investitionsgütern als auch der Umsatz der Investitionsgüterhersteller lag im April unter dem Niveau des Vorquartals. Für das zweite Quartal erwarten wir daher einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 0,5 Prozent. Die mit 10,5 Monaten weiterhin hohe Auftragsreichweite stützt für sich genommen im weiteren Verlauf die Investitionstätigkeit. Die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller haben sich in den vergangenen Monaten rasant verbessert und befinden sich auf dem hohen Niveau des Jahres 2021. Der schwache Start der öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen in das laufende Jahr wird allmählich überwunden. Angesichts des bisher kaum angetasteten Sondervermögens Bundeswehr und gestraffter Beschaffungsprozesse gehen wir davon aus, dass es im weiteren Prognoseverlauf zu einem markanten Anstieg kommt. Dämpfend sollte hingegen das erhöhte Zinsniveau und die damit verbundenen Finanzierungskosten wirken. Insgesamt rechnen wir mit einem Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen von 3 Prozent für das Jahr 2023 und 5,6 Prozent für das Jahr 2024.

Verbraucherpreise

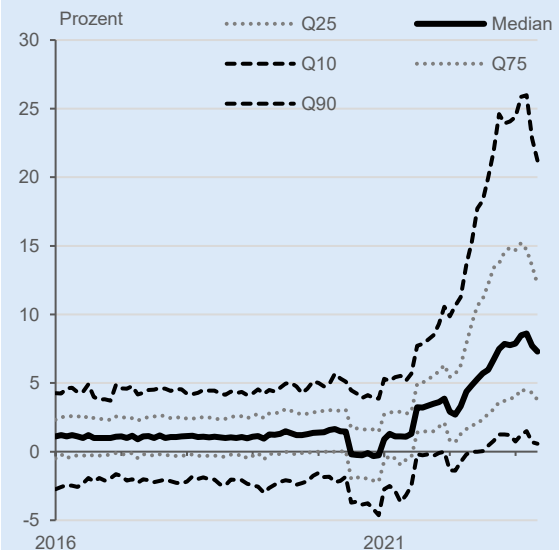
Der Preisauftrieb hat sich zuletzt deutlich beruhigt. Die Verbraucherpreise zogen im vergangenen Jahr um 6,9 Prozent an. Geprägt war diese Entwicklung durch rapide steigende Energiepreise und Produktionshemmnisse wie Lieferkettenprobleme und Materialengpässe, welche im Zusammenspiel mit einer robusten Nachfrage der privaten Haushalte zu Druck auf den Preisventilen führte (Kooths 2022, Sonnenberg 2023, Gern, Jannsen und Sonnenberg 2023). Die Inflation baute sich über das Jahr 2022 auf und stieg von 4,8 Prozent im ersten Quartal auf 8,6 Prozent im vierten Quartal. Unmittelbar nach dem Jahreswechsel hat sich der Inflationsprozess zunächst nicht verlangsamt und erreichte im ersten Quartal 2023 eine Rate von 8,2 Prozent. Ausweislich der monatlichen Dynamik ist der Preisauftrieb seit März nahezu zum Erliegen gekommen. Im Vorjahresvergleich schlägt sich dies in einer sukzessive sinkenden Inflationsrate nieder, die zuletzt auf 6,1 Prozent nachgab. Mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine waren die Energiepreise im März 2022 hochgeschneit. Über das Jahr 2022 stiegen sie insgesamt um

rund 30 Prozent. Da seit März 2023 die laufenden Energiepreise mit den hohen Preisen des Vorjahres verglichen werden, fiel die Vorjahresrate der Energiekomponente abrupt und lag im Mai bei nur noch 2,6 Prozent. Auch die Dynamik in den Preissteigerungsraten bei Nichtenergiegütern hat sich zuletzt verlangsamt. Da jedoch die Preise der Nichtenergiegüter im vergangenen Jahr nicht ganz so kräftig gestiegen waren wie der Verbraucherpreisindex insgesamt, fallen die nunmehr dämpfenden Basiseffekte bei der Kernrate schwächer aus. So lag die Gesamtinflationsrate im Mai bei 6,1 Prozent, während für die Kernrate noch ein Anstieg um 6,5 Prozent verzeichnet wurde. Die Verteilungsmaße wie Median und Quantile, angewendet auf die einzelnen Preissteigerungsraten von 678 Gütern (10-Steller), deuten darauf hin, dass die Preisberuhigung am aktuellen Rand breit angelegt ist (Abbildung 3).

Die Energiepreise sind im Jahr 2023 kein Inflationstreiber mehr. Die Börsenpreise (Spot- und Terminpreise) für Strom, Gas und Rohöl haben seit unserer Frühjahrsprognose stärker nachgegeben als von uns erwartet worden war. Während der Preisrückgang mit Bezug auf Rohöl moderat ist und wir weiterhin von nur einem allmählichen Sinken des Rohölpreises ausgehen, haben wir die Annahmen für Strom und Gas im Einklang mit den Terminmarktnotierungen für das laufende Jahr deutlich gesenkt. Während die Preise für Kraftstoffe (Benzin und Diesel) bereits seit dem ersten Quartal die Inflation dämpfen, ist dies für Heizöl erst ab dem zweiten Quartal zu erwarten.⁶ Für Gas und Strom sind erst für das kommende Jahr dämpfende Effekte auf die Inflationsrate zu erwarten. Im laufenden Jahr sind die Kosten der Verbraucher zwar teilweise durch die Energiepreisbremsen begrenzt, jedoch lagen die Vorjahrespreise

⁶ Heizölpreise reagieren wie Kraftstoffpreise zwar zeitnah auf den Rohölpreis. Aber Heizöl wird für einen längeren Zeitraum bevorratet, so dass für einen längeren Zeitraum der Heizölpreis der Vergangenheit die Kosten für Hausbesitzer bestimmt. Außerdem passen sich die Jahresnebenkostenabrechnungen für Mieter nur verzögert an die aktuellen Preise an. In der Verbraucherpreisstatistik wird dieser Umstand in der Komponente „Betriebskosten für eine Ölzentralheizung“ berücksichtigt, welche u.a. die Heizölpreise über einen längeren Zeitraum glättet. Deswegen schlagen sich Änderungen bei den Heizölpreisen im

Abbildung 3:
Verteilung der Preissteigerungsraten im VPI



Monatsdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Letzter Datenpunkt: Mai 2023. Verteilungsmaße Quantile (10%, 25%, 75%, 90%) und Median über 687 Güter (10-Steller). Vor 2021 Verbraucherpreisindex mit Basisjahr 2015.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Preisstatistik*; Berechnungen des IfW Kiel.

für Strom und Gas noch unter den Referenzwerten der Preisbremsen.⁷ Wir gehen in der Prognose davon aus, dass die Preise für Gas ab dem dritten Quartal 2023 in etwa auf dem Referenzwert der Preisbremse liegen und danach darunter fallen werden. Für Strom dürfte die Preisbremse wohl noch bis zum Ablauf im April 2023 binden und die Preise fallen erst im zweiten Halbjahr 2024 leicht unter den Referenzwert der Preisbremse. Die Energiepreisbremsen der Bundesregierung dämpfen rein rechnerisch den Anstieg der Inflationsrate im Jahr 2023 um rund 0,6 Prozentpunkte. Allerdings führen sie zu einem Kaufkraftzufluss im privaten Sektor, der

Kontrast zu Kraftstoffpreisen nur verzögert bei den Verbraucherpreisen nieder.

⁷ Für die Gaspreise im Verbraucherpreisindex gilt, ähnlich wie beim Heizöl, dass die Entwicklungen des letzten Jahres, trotz aktuell geltender Preisbremse, noch mechanisch bis in dieses Jahr wirken. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Gaspreise für Mieter in den Jahresnebenkostenabrechnungen nur verzögert auf die vergangenen Entwicklungen reagieren.

wiederum preistreibend wirken dürfte.⁸ Insgesamt dürfte sich Energie in diesem Jahr noch um 4,5 Prozent verteuern, während sie im kommenden Jahr um 6,3 Prozent günstiger wird.

Der Preisauftrieb bei Nichtenergiegütern bleibt im Prognosezeitraum relativ hoch.

Nichtenergiegüter umfassen Lebensmittel, Dienstleistungen und sonstige Waren. Während die unmittelbare Phase nach Auslaufen der Pandemie durch einen postpandemischen Aufschwung geprägt war, in welcher die Konsumenten eine hohe Zahlungsbereitschaft an den Tag legten, dürfte sich nunmehr bei vielen Haushalten der inflationsbedingte Verlust an Kaufkraft zunehmend bemerkbar machen. Dazu kommen für einige Haushalte verschlechterte Finanzierungsbedingungen durch den steilen Zinsanstieg, wobei dieser Effekt im europäischen Vergleich durch eine relativ lange Zinsbindung seitens der Haushalte begrenzt ist (Gern, Jannsen und Sonnenberg 2023). Zudem haben die produktionsseitigen Hemmnisse abgenommen, sodass sich das Inflationsumfeld entspannt. Die Inflationsrate bei Nahrungsmitteln lag während des Winterhalbjahres bei über 20 Prozent. Die Monatswerte aus dem April und Mai sprechen mit 17,2 bzw. 14,9 Prozent für eine gewisse Entspannung. Dies ist aber größtenteils durch einen Basiseffekt zu erklären (hohe Preise des Vorjahres) und nur teilweise durch einen Preisrückgang bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln. Insgesamt sinkt, jedoch von sehr hohem Niveau, der Anteil der Unternehmen, welche für die nächsten drei Monate weitere Preiserhöhungen erwarten. In der Prognose gehen wir von rückläufigen Vorjahresraten für Nahrungsmittel aus, jedoch dürfte der Anstieg für das Jahr 2023 ähnlich hoch liegen wie im vorangegangenen Jahr. Die Preise für sonstige Waren vollziehen einen ähnlichen Prozess wie die Nahrungsmittel. Durch die fortschreitende Auflösung der Lieferkettenprobleme und Materialengpässe nehmen die Vorjahresraten im weiteren Verlauf des Jahres sukzessive ab. Dies wird auch durch die Entwicklungen auf den vorangehenden Produktionsstufen getragen. Verteilungsmaße wie der

Median über die Preissteigerungsraten von 220 Importpreisen und 678 Erzeugerpreisen zeigen einen abnehmenden Aufwärtsdruck auf die Verbraucherpreise an. Speziell bei den Dienstleistungen ist aber von einem trägeren Rückgang der Preisanstiege auszugehen, auch weil hier der Anpassungsprozess im Relativpreisgefüge noch nachhinkt. Da die Löhne nun durch höhere Abschlüsse beschleunigt steigen werden und die Kaufkraft der Haushalte stärken, dürfte sich für sich genommen der Preisdruck erhöhen. Die realen Lohnstückkosten liegen jedoch auf einem historisch niedrigen Niveau und die Margen der Unternehmen haben sich im vergangenen Jahr im Angesicht einer robusten Nachfrage und produktionsseitigen Hemmnissen ausgeweitet. Wir gehen deshalb in der Prognose davon aus, dass die Lohnabschlüsse zu keinen signifikanten kostenseitigen Zweitrundeneffekten – im Sinne von weiteren Preissteigerungen – führen, sondern es vielmehr zu einer Normalisierung der realen Lohnstückkosten kommt. Im Bereich der Dienstleistungen kam es im Mai durch die Einführung des 49-Euro Tickets zu einem Sondereffekt. Im Vergleich zum Vormonat und zum Vorjahresmonat ist die Kategorie „Kombinierte Personenbeförderungsleistungen“ um mehr als 20 Prozent gesunken. Dies hat die Inflation des Aggregats der Dienstleistungen und des Verbraucherpreisindex insgesamt um rund 0,4 bzw. 0,2 Prozentpunkte verringert. Abgesehen davon sind die Dienstleistungspreise im Mai weiter gestiegen. Zwischen Juni und August wird das 49-Euro Ticket jedoch zum 9-Euro Ticket des Vorjahres verglichen. Die Vorjahresrate dürfte bei über 100 Prozent liegen und rein rechnerisch die Inflation des Aggregats der Dienstleistungen und des Verbraucherpreisindex insgesamt um in etwa 1,5 bzw. 0,75 Prozentpunkte anheben.

Das Preissystem wird sich auf höherem Niveau einpendeln. Durch eine stärkere Entwicklung der Nichtenergiegüter im ersten Quartal 2023 und im April und Mai passen wir die Prognose für die Jahresinflation 2023 von 5,4 auf 5,8 Prozent an. Das Bild eines abnehmenden Preisdrucks bleibt aber bestehen. Grundsätzlich

⁸ Vorherige Berechnungen zu den Effekten der Preisbremsen auf die Verbraucherpreise von Jannsen und Sonnenberg (2022, 2023) kamen zu etwas größeren Effekten. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die fortgeschriebenen Marktpreise für Gas und Strom zu

diesen Zeitpunkten auf den damaligen erwarteten zukünftigen Börsenpreisen für Gas und Strom basierten (Sonnenberg 2022) und diese seit dem Herbst 2022 sukzessive gefallen sind.

werden sich die Preise aber auf einem höheren Niveau stabilisieren. Für das Jahr 2024 erwarten wir eine im historischen Vergleich hohe Kernrate von 2,9 Prozent (langjähriger Durchschnitt: 1,4 Prozent). Insgesamt dürfte die Inflation im Jahr 2024 durch einen negativen Beitrag der Energiekomponente noch bei 2,1 Prozent liegen.

Arbeitsmarkt

Die Löhne und Gehälter legen aufgrund der stark gestiegenen Preise und der hohen Arbeitskräfteknappheit so stark zu wie zuletzt vor 30 Jahren. Die Tarifabschlüsse, die seit Herbst des vergangenen Jahres erzielt wurden, sehen für das laufende und kommende Jahr im langjährigen Vergleich außerordentlich hohe Verdienstzuwächse vor. So vereinbarten die Tarifparteien in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (hier erst nach Schlichtung) sowie bei der Deutschen Post sowohl hohe Einmalzahlungen (in Form der steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie) als auch hohe dauerhafte Anhebungen der Tabellenentgelte, die zusammengerechnet Verdienstzuwächsen zwischen 7 und 8 Prozent für das Kalenderjahr 2023 und rund 4 Prozent für 2024 entsprechen. Für die laufenden Tarifverhandlungen im Einzelhandel und Groß- und Außenhandel sowie für die anstehenden Verhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder im Herbst erwarten wir ähnlich hohe Abschlüsse und eine ähnliche Zusammensetzung hinsichtlich Einmalzahlungen und dauerhaften Tarifanhebungen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einem Zuwachs der Tarifverdienste (gemäß Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) um 5,6 Prozent im laufenden Jahr und 5,1 Prozent im kommenden Jahr, nach 2,6 Prozent im vergangenen Jahr. Einen großen Einfluss hat dabei, ob im öffentlichen Dienst der Länder Ende des laufenden Jahres noch eine Einmalzahlung erfolgt – wie wir annehmen – oder ausschließlich im kommenden Jahr (die Steuer- und Abgabenfreiheit der Inflationsausgleichsprämie gilt noch bis Ende 2024). Im letzteren Fall wäre ceteris paribus der Anstieg der Tarifverdienste nicht im laufenden Jahr höher als im kommenden Jahr, sondern umgekehrt. Unabhängig von der Aufteilung auf die beiden Jahre würde es sich um die höchsten Zuwächse seit

dem Jahr 1993 handeln. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) steigen im Prognosezeitraum ebenfalls kräftig. Durch die Umstellung von der vierteljährlichen Verdiensterhebung auf die neu konzipierte Verdiensterhebung ist es hier allerdings zu einem statistischen Bruch in der Zeitreihe im Jahr 2022 gekommen, so dass die in den VGR ausgewiesenen Veränderungsdaten derzeit mit erhöhter Vorsicht zu genießen sind. Alles in allem dürfte der Befund aber weiterhin Bestand haben, wonach die realen Lohnstückkosten – also das Verhältnis zwischen Lohnkosten auf der einen Seite und Preisen und Arbeitsproduktivität auf der anderen Seite – in den vergangenen beiden Jahren auf ein außerordentlich niedriges Niveau gefallen sind, was für sich genommen die Arbeitsnachfrage der Unternehmen stützt.

Alterungsbedingt überschreitet die Erwerbstätigkeit im Prognosezeitraum ihren Zenit.

Der Beschäftigungsaufbau verlangsamte sich jüngst etwas, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen legte seit Februar sogar wieder leicht zu. Letzteres war im Gegensatz zum sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit im Sommer des vergangenen Jahres nicht auf die (Erfassung von) ukrainischen Flüchtlingen zurückzuführen. Das ifo Beschäftigungsbarometer trübte sich im Mai spürbar ein, wobei die Aussagekraft dieses Frühindikators aufgrund seiner seit Ausbruch der Pandemie spürbar gestiegenen Volatilität derzeit geschmälert ist. Wir erwarten, dass die Erwerbstätigkeit im Prognosezeitraum ihren Zenit überschreiten wird. Zwar bleiben die Auswirkungen der Energiekrise auf den Arbeitsmarkt überschaubar, was zum einen der hohen Arbeitskräfteknappheit und zum anderen dem (derzeit noch) günstigen Verhältnis von Lohnkosten zu Preisen und Arbeitsproduktivität geschuldet sein dürfte. Allerdings wird das Erwerbspersonenpotenzial alterungsbedingt in nicht allzu ferner Zukunft zu schrumpfen beginnen. Ein Hinweis darauf bietet die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die 85 Prozent der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausmacht. Dort hat sich der Beschäftigungsaufbau im Verlauf des vergangenen Jahres rapide verlangsamt, und seit Januar dieses Jahres hat die Veränderung zum jeweiligen Vorjahresmonat ins Negative gedreht. Im

März (jüngster Wert) lag die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit um 60 000 Personen niedriger als im März 2022, die gesamte Beschäftigung lag hingegen noch um 320 000 Personen höher. Dies bedeutet auch, dass mittlerweile der gesamte Beschäftigungsaufbau (und mehr) von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit getragen wird; vor einem Jahr lag dieser Wert noch bei 60 Prozent und im Jahr 2011 bei 20 Prozent.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen dürfte aufgrund der Normalisierung des Krankenstands indes weiter zunehmen. Der Krankenstand war im ersten Quartal des laufenden Jahres zwar weiterhin außergewöhnlich hoch, dürfte in saisonbereinigter Betrachtung allerdings etwas gegenüber dem Vorquartal gesunken sein, was im Einklang mit dem saison- und kalenderbereinigten Anstieg der Arbeitszeit je Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum steht. Wir nehmen weiterhin an, dass sich der Krankenstand im Prognosezeitraum normalisiert. Die dadurch angelegte Erholung der Arbeitszeit wirkt dem alterungsbedingten Rückgang der Erwerbstätigkeit entgegen, so dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen im gesamten Prognosezeitraum zulegen dürfte

Öffentliche Finanzen

Die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten dürften sich in den Jahren 2023 und 2024 weiter zurückbilden. Maßgeblich sind der Wegfall krisenbezogener Ausgaben, die das Jahr 2024 kaum noch belasten dürften, und die starke Lohndynamik, die insbesondere die Einnahmen der Sozialversicherungen anschieben wird. Das für das Jahr 2024 von uns erwartete Defizit von 0,9 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung (nach 2,7 Prozent und 1,7 Prozent in den Jahren 2022 und 2023) übersteigt zwar den mit der Schuldenbremse vorgegebenen Wert von 0,35 Prozent. Da Bund und Länder in den Kernhaushalten und insbesondere in Sondervermögen im Verlauf des Prognosezeitraums aber auf Rücklagen zurückgreifen können, spricht das höhere

Finanzierungsdefizit nicht gegen die Einhaltung der Vorgaben des Grundgesetzes.⁹

Die Ausgaben des Staates legen 2023 mit deutlich geringerem Tempo zu. Die Arbeitnehmerentgelte werden zwar von den Inflationsausgleichsprämien, die im Tarifvertrag von Bund und Kommunen vereinbart wurden, angetrieben, doch entfallen zugleich Corona-Prämien auf Länderebene und der allgemeine Tarifanstieg ist noch moderat, wobei hier angenommen wird, dass der anstehenden Tarifabschluss bei den Ländern vordringlich im Jahr 2024 steigende Ausgaben mit sich bringt. Bei den Vorleistungen ist ein deutliches Minus angelegt, da diese im Jahr 2022 noch von Corona-bedingten Ausgaben für die Bereitstellung von Krankenhausbetten und Schnelltesteinrichtungen erhöht waren. Ebenfalls wegen des Wegfalls von Corona-bedingten Ausgaben wie Impfungen oder PCR-Tests dürften die in der Tendenz eigentlich aufwärtsgerichteten sozialen Sachleistungen im laufenden Jahr kaum mehr als stagnieren. Deutlich zulegen dürften hingegen die monetären Sozialleistungen. Zum einen fällt der Rentenanstieg stärker als in den Vorjahren aus, und zum anderen wurden die Sätze einiger Sozialleistungen zu Jahresbeginn im Zusammenhang mit der Inflation deutlich erhöht. Ein noch stärkeres Plus erwarten wir bei den Investitionen der öffentlichen Hand. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürften die jüngst eher schwachen Ausrüstungsinvestitionen bedingt durch das Sondervermögen der Bundeswehr und der Pläne, die Beschaffung zu beschleunigen, merklich an Fahrt gewinnen. Zudem dürfte der starke Anstieg der Bauausgaben zu Jahresbeginn angesichts hoher Auftragszahlen sein hohes Niveau beibehalten. Ebenfalls sehr kräftig legen die Subventionen zu. Zwar entfallen die letzten Corona-bedingten Zahlungen und die Übernahme des Dezemberabschlags in diesem Jahr, doch führen die Preisbremsen zu merklichen Ausgaben, die über den Wirtschaftsstabilisierungsfondsabgewickelt werden. Ausgesprochen kräftig steigen überdies die Zinsausgaben. Ein deutliches Minus ist trotz der Aufstockung der Hilfen für die Ukraine und der Ausweitung der Zahlungen des Klima- und Transformationsfonds hingegen bei

⁹ Die Rücklagen der Sondervermögen wurden überwiegend in den Jahren gebildet, als die Schuldenbremse ausgesetzt war. Für das Sondervermögen

Bundeswehr hingegen wurde das Grundgesetz geändert.

den Vermögensübertragungen zu erwarten, die im Jahr 2022 noch von der sehr kostspieligen Uniper-Rettung geprägt waren. Ebenfalls rückläufig dürften die geleisteten laufenden Transfers sein, da die Energiepreispauschalen entfallen. Insgesamt nehmen die Ausgaben deutlich langsamer zu als im Vorjahr.

Die Einnahmen des Staates verlieren im Jahr 2023 deutlich an Tempo. Im ersten Quartal 2023 lagen sowohl die Lohnsteuer- als auch die Umsatzsteuer unterhalb ihrer Vorjahreswerte. Bei der Umsatzsteuer dürften Effekte aus der Verschiebung von Zahlterminen eine Rolle spielen, so dass im Jahresverlauf wieder mit einem Plus zu rechnen ist. Bei der Lohnsteuer spielt die deutliche Verschiebung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs eine wesentliche Rolle, zudem dürfte der Anstieg im Jahresverlauf gedämpft bleiben, da ein Teil des Lohnzuwachses in Form abgabenfreier Inflationsausgleichsprämien erfolgt. Schließlich dürften die Unternehmenssteuern nach kräftigen Anstiegen im Vorjahr nun eine Verschnaufpause einlegen. Insgesamt werden demnach die Steuereinnahmen trotz inflationären Umfelds nur geringfügig zulegen. Spürbar im Aufwind sind die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen. Die Abgabenfreiheit der Inflationsausgleichsprämien schwächt zwar auch hier den Anstieg, doch wurden zu Beginn des Jahres die Beitragssätze einiger Krankenkassen und der Arbeitslosenversicherung erhöht. Zudem steigt der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zur Mitte des Jahres. Die übrigen Einnahmen des Staates dürften stabil expandieren und werden von höheren Lkw-Maut-Sätzen und der Zinswende gestützt.

Das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremsen dämpft den Ausgabenanstieg im Jahr 2024. Während die Arbeitnehmerentgelte angesichts der anstehenden Tarifentwicklung merklich zulegen und die sozialen Sachleistungen sowie die Ausgaben für Vorleistungen auf ihre expansiven Trends zurückkehren dürften, führt der drastische Rückgang der Subventionen infolge des Wegfalls der Strom- und Gaspreisbremse ab April 2024 zu einem moderaten Anstieg der Ausgaben insgesamt.

Im Jahr 2024 nehmen die Staatseinnahmen wieder Fahrt auf. Zwar steht abermals eine

deutliche Verschiebung der Tarifeckwerte in der Einkommensteuer an und weiterhin können abgabenfreie Inflationsausgleichsprämien gezahlt werden, doch dürfte der Lohnanstieg nun stärker von steuerpflichtigen Zahlungen getrieben werden. Ebenso dürften sich die Unternehmenssteuern wieder leicht beschleunigen. Auch werden die Sozialversicherungsbeiträge deutlich vom Lohnplus angetrieben, so dass alles in allem die Einnahmen des Staates wieder etwas stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt zulegen werden.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die Einschätzung des Produktionspotenzials und damit auch des Expansionspielraums ist nach der langen gesamtwirtschaftlichen Ausnahmephase besonders unsicher. Mit der Corona-Pandemie und der Energiekrise infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine wurde die deutsche Wirtschaft von zwei gravierenden negativen Schocks getroffen, die seit über drei Jahren die gesamtwirtschaftliche Leistung dämpfen. Dies erschwert die Diagnose dessen, welche Wirtschaftsleistung bei Normalauslastung möglich ist und demzufolge auch das Ausmaß möglicher Aufholeffekte. Je länger sich die Potenzialschätzung auf einen Zeitraum stützen muss, in dem temporäre Faktoren die Produktion belasten und daher das ansonsten mögliche Aktivitätsniveau nicht in den Daten aufscheinen kann, desto unsicherer wird die Kapazitätseinschätzung, wobei Fehler in beide Richtungen auftreten können. So neigen die einschlägigen Potenzialschätzverfahren dazu, die gedämpfte Produktion im Zeitablauf mehr und mehr als Ausdruck eines gedämpften Potenzials zu interpretieren, was für eine Unterschätzung spricht. Es kann aber auch sein, dass zwischenzeitliche Potenzialveränderungen durch die temporären Faktoren verdeckt werden, was zu einer Überschätzung führt. Hinzu kommt, dass sich die längerfristigen Folgen der Energiekrise wie auch die der forcierten Dekarbonisierungspolitik mit Blick auf das Produktionspotenzial nur schwer abschätzen lassen. Tendenziell geht damit eine Schmälerung des Potenzials einher, weil ein Teil des bislang aufgebauten Kapitalstocks obsolet wird. Je geringer die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, desto geringer ist auch der spannungsfreie Expansionspielraum

ausgehend von dem derzeit niedrigen Niveau der wirtschaftlichen Aktivität, wodurch sich die Unsicherheit über die Produktionskapazitäten auf die Konjunkturprognose überträgt.

Die Wirkung der geldpolitischen Straffung unterliegt derzeit gegenläufigen Einflüssen.

Typischerweise erreicht die Geldpolitik ihre volle konjunkturelle Wirkung mit einer Verzögerung von mehreren Quartalen. Sowohl das Ausmaß der Wirkung als auch das zeitliche Profil sind per se unsicher, wobei in der jetzigen Situation noch gegenläufige Faktoren hinzukommen. So könnte die Wirkung im laufenden Zinszyklus rascher erfolgen und stärker ausfallen, da die Geldpolitik die Zinsen ungewöhnlich rasch angehoben hat und zuvor eine ausgesprochen lange Niedrigzinsphase geherrscht hat. Damit trifft nun ein vom Ausmaß her besonders kräftiger Zinsanstieg auf real- und finanzwirtschaftliche Strukturen, die sich zuvor umfassend auf ein Niedrigzinsumfeld hin ausgerichtet hatten (Grimm et al. 2023). Je länger die Investitionszeiträume, desto stärker sind die jeweiligen Wirtschaftsbereiche betroffen. Besonders exponiert sind daher die Immobilienmärkte und damit einhergehend die Bauwirtschaft, wo die Korrektur bereits deutlich eingesetzt hat. Aber auch andere Bereiche können mit größerer Verzögerung noch auf den Zinsanstieg reagieren, so dass von dieser Seite weitere Belastungen für die Konjunktur möglich sind, die sich derzeit kaum abschätzen lassen. Zugleich gibt es aber Gründe, die konjunkturell für eine größere Robustheit gegenüber Zinsanstiegen sprechen. So trifft die straffere Geldpolitik in Deutschland derzeit auf eine Wirtschaft mit schätzungsweise erheblichem Aufholpotenzial, deren Erholungsprozess von der Pandemiephase noch nicht abgeschlossen ist, und nicht, wie in den meisten früheren Straffungszyklen in einer Boomphase. Insbesondere haben die Industrieunternehmen noch ungewöhnlich hohe Auftragsbestände in den Büchern, die die Auswirkungen der strafferen Geldpolitik mit Blick auf die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe oder die Ausrüstungsinvestitionen und Exporte abmildern dürfte. Zugleich verfügen die privaten Haushalte unverändert über hohe zusätzliche Ersparnisse aus den Pandemie-Zeiten; dies sowie die aus Sicht der Erwerbstätigen guten Arbeitsmarktaussichten dürften die Wirkungen der strafferen Geldpolitik auf den privaten

Konsum abmildern, zumal deutsche Haushalte eine vergleichsweise lange Zinsbindung in ihrer Verschuldung aufweisen (Gern, Jannsen und Sonnenberg 2023). Da die Geldpolitik der EZB auch andere Länder betrifft und dort andere Bedingungen gelten können, geht über den Außenhandelskanal freilich auch dadurch ein Einfluss auf die deutsche Konjunktur aus. Dies gilt auch für die in anderen Teilen der Welt gestraffte Geldpolitik (Gern et al. 2023). Generell ist auch das Ausmaß der geldpolitischen Straffung angesichts der grundsätzlichen Schätzschwierigkeiten mit Blick auf ein neutrales Zinsniveau unklar.

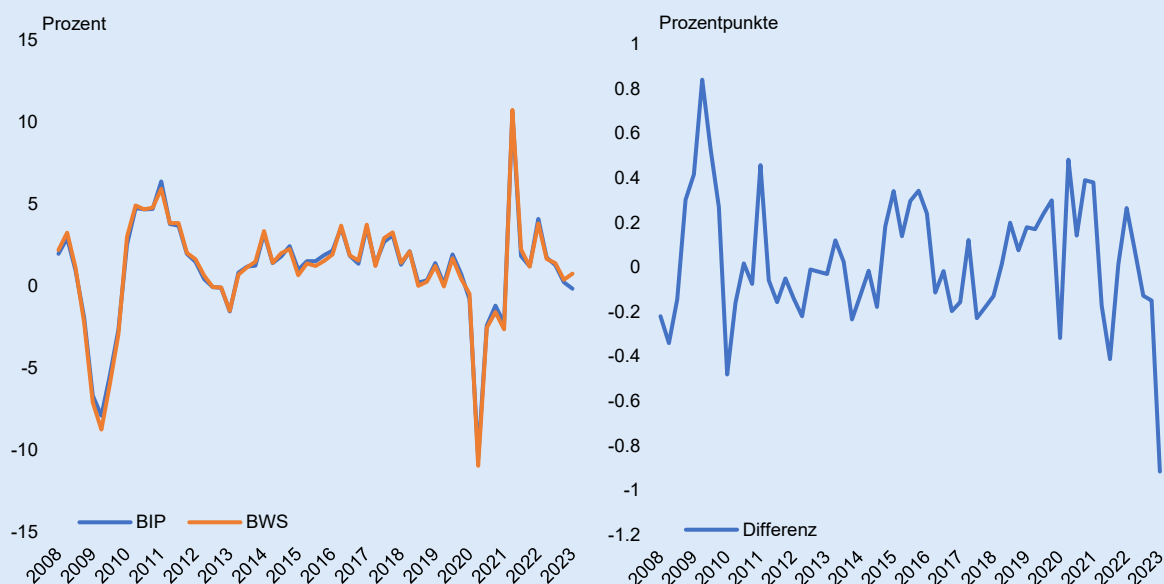
Die Wirtschaftspolitik agiert derzeit kaum wachstumsstärkend und erhöht mit ihrem interventionistischen Ansatz tendenziell die Unsicherheit.

Auf die seit Jahren schwindenden Wachstumskräfte gibt die Wirtschaftspolitik bislang keine erkennbaren Antworten im Sinne einer umfassenden standortstärkenden angebotsseitigen Ausrichtung (Kooths und Scheide 2023, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2023). Vielmehr verfolgt sie einen dezidiert industriepolitischen Ansatz. Statt allgemeine Standortfaktoren zu stärken (z. B. Infrastruktur, Abgabenquote, Bildung), auf deren Basis sich die Wirtschaftsstrukturen im weltweiten Wettbewerb über Marktprozesse ausprägen können, nimmt die Wirtschaftspolitik verstärkt bestimmte Branchen in den Blick und richtet darauf ihre Instrumente – insbesondere die Subventionsvergabe – aus (Chipfabriken, Batteriezellenproduktion, Energiestrompreis für energieintensive Industrien). Je kleinteiliger die Wirtschaftspolitik dabei agiert, desto unberechenbarer wird sie für die privatwirtschaftlichen Akteure. Auch deshalb, weil sie damit einen Interventionsgrad verfolgt, der infolge der sozioökonomischen Komplexität kaum beherrschbar ist, so dass immer wieder unliebsame Nebenwirkungen neue Interventionen nach sich ziehen (Kooths 2023a). Dies gilt insbesondere auf dem Gebiet der energetischen Transformation, wo ein preisbasierter Ansatz (Bepreisung von CO₂-Emissionen) geringere gesamtwirtschaftliche Wohlstandsverluste verspricht als industriepolitische Eingriffe (Kooths 2023b). Neben den nachteiligen langfristigen Wachstumsfolgen erhöht eine kurzfristig immer wieder nachsteuernde Industriepolitik die Unsicherheit und wirkt dadurch auch konjunkturell wenig stabilisierend.

**Kasten 1:
Zur Entwicklung der preisbereinigten Nettogütersteuern**

Die außergewöhnlich große Diskrepanz zwischen den Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung im ersten Quartal 2023 findet sich nicht nur in den saisonbereinigten Daten, sondern auch in wenig abgeschwächter Form bei den unbereinigten Daten. Während die Bruttowertschöpfung 0,7 Prozent über Vorjahr liegt, ist das Bruttoinlandsprodukt 0,2 Prozent unter seinem Vorjahreswert (Abbildung K1-1). Der Abstand beträgt somit nahezu einen Prozentpunkt und korrespondiert mit einem Einbruch der preisbereinigten Nettogütersteuern, der vor allem auf den deutlichen Rückgang der preisbereinigten Gütersteuern zurückgeht.^a

**Abbildung K1-1
Differenz der Vorjahresvergleiche von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung**



Vorjahresvergleich.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

Die Veränderung der preisbereinigten Nettogütersteuern ergibt sich aus der Veränderung der Mengen der besteuerten bzw. subventionierten Güter, wobei Steuern und Subventionen des Vorjahres die Gewichtung bilden. Die Größe selber lässt sich kaum interpretieren. Sie korrespondiert mit dem Umstand, dass sich zwar Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung auf die identischen Waren und Dienstleistungen beziehen, diese aber unterschiedlich bewertet werden (Marktpreise auf der Verwendungsseite und Herstellungskosten auf der Entstehungsseite). Durch die unterschiedliche Bewertung entsteht auch in den preisbereinigten Größen eine Diskrepanz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung, die durch die preisbereinigten Nettogütersteuern aufgefangen werden. Sofern alle Mengen in gleichen Raten expandieren, sind auch die Expansionsraten von Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und Nettogütersteuern identisch. Große Abweichungen in den Expansionsraten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung bedeuten somit, dass die versteuerten bzw. subventionierten Güter eine andere Dynamik aufweisen als die übrigen Güter. Die negative Entwicklung der preisbereinigten Gütersteuern am aktuellen Rand würde demzufolge mit einer schwächeren Entwicklung der besteuerten Güter einhergehen.

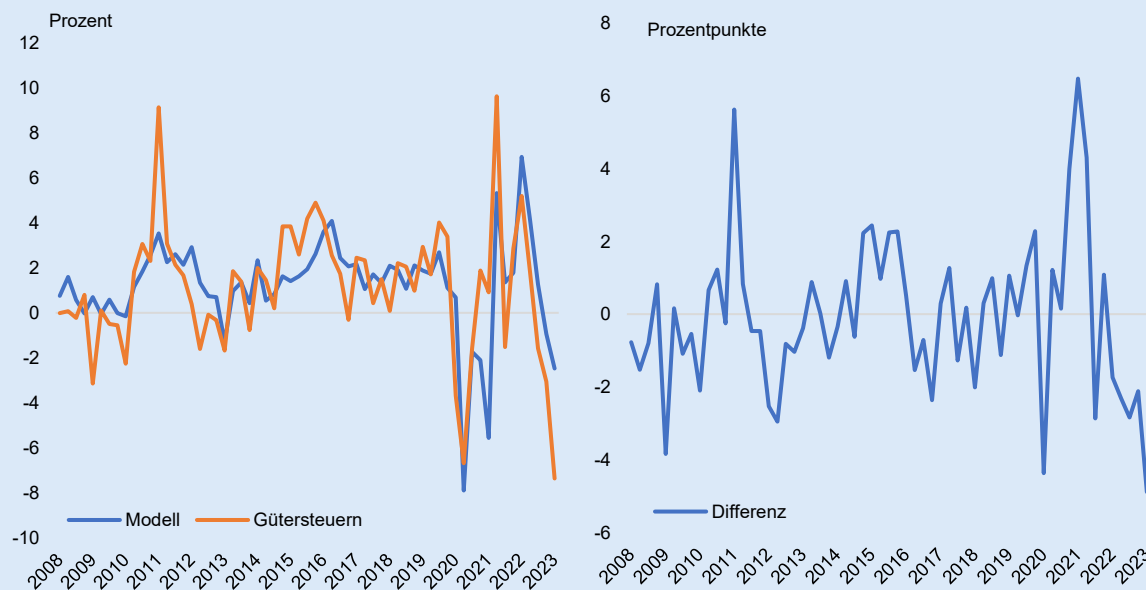
Um diesen Aspekt zu überprüfen, haben wir die Verwendungskomponenten, die von der Umsatzsteuer – die mit Abstand bedeutendste Gütersteuer – erfasst sind (Wohnbau, staatliche Investitionen, staatliche Vorleistungskäufe und privater Konsum), in preisbereinigter Form mit der unterstellten Umsatzsteuerlast des Vorjahres gewichtet, für diese Größen die Vorjahresveränderung berechnet und diese mit den Vorjahresveränderungen der preisbereinigten Gütersteuern verglichen (Abbildung K1-2).

Insgesamt ist die Korrelation zwischen der Modellgröße und der tatsächlichen Entwicklung mit 0,65 seit dem Jahr 2008 ausgeprägt, obwohl die Parameter des Modells nicht anhand der Informationen der Stichprobe geschätzt wurden. Der Modellwert für das erste Quartal beträgt -2,5 Prozent zum Vorjahreswert. Dadurch werden etwa 0,4 Prozentpunkte und somit rund ein Drittel der Differenz der Vorjahresvergleiche von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung erklärt. Zugleich zeigt sich aber eine in den Vorjahren

nicht zu beobachtenden Abweichung zwischen Modell und tatsächlichen Nettogütersteuern von nahezu 5 Prozentpunkten.

Die große Abweichung wird begleitet von einem starken Anstieg der nominalen Gütersubventionen, die mit den Strom- und Gaspreisbremsen korrespondieren. Durch die Komplexität der Energiemärkte (Abschlagszahlungen, Abrechnungszeiträume, Unterschiede zwischen Mietern und Eigentümern) dürfte es schwierig sein, diese Subventionen in die jeweiligen Deflatoren auf der Verwendungsseite zu übersetzen bzw. hier wiederzufinden. Die amtliche Statistik steht vor außergewöhnlichen Messproblemen. Außerdem deutet sich an, dass die in den VGR angesetzten Ausgaben für die Preisbremsen, die bisher den Zahlen des Wirtschaftsplans des WSF entsprechen, die tatsächliche Entwicklung überzeichnen, so dass demnächst eine Revision der nominalen Gütersubventionen erfolgen dürfte. Dieser Revision wird entweder zu einem höheren nominalen Bruttoinlandsprodukt oder einer geringeren nominalen Bruttowertschöpfung führen, die entweder in den jeweiligen Deflatoren oder Volumenindizes nachvollzogen werden muss. Je nachdem wie die angesprochenen Messprobleme gelöst wurden, könnte die Revision der nominalen Gütersubventionen somit zu einer Revision der preisbereinigten Größen und einer Reduktion der Diskrepanz zwischen Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt führen. Das starke Minus des impliziten Deflators der Lagerinvestitionen deutet allerdings an, dass sich die Revision der nominalen Gütersubventionen insbesondere hier zu Veränderungen führen könnte.

Abbildung K1-2:
Modell der preisbereinigten Gütersteuern



Vorjahresvergleich.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel

^a Die Gütersteuern hatten im Jahr 2022 ein deutlich höheres Gewicht als die Gütersubventionen, so dass die Schwankungen dort die Entwicklung der Nettogütersteuern dominieren.

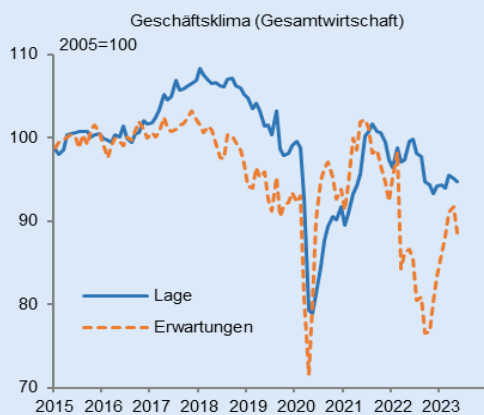
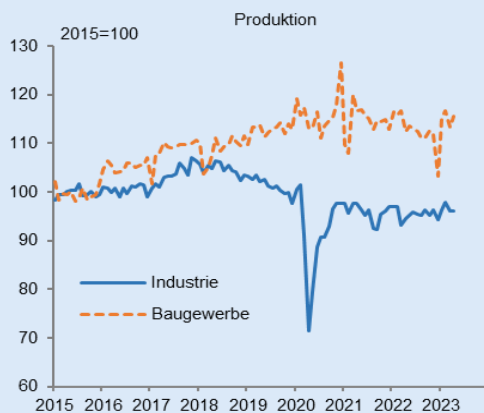
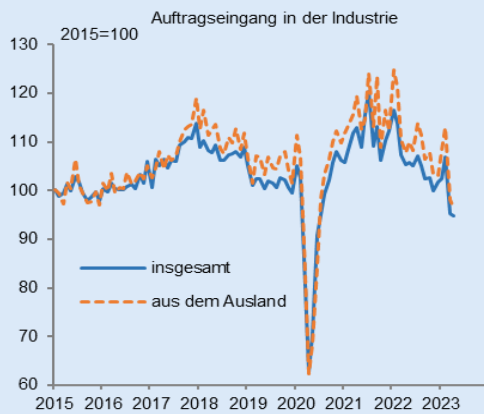
Datenanhang

INHALT

- 1. Konjunkturindikatoren..... 22
- 2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung..... 23
- 3. Außenwirtschaft 25
- 4. Inländische Verwendung 27
- 5. Wirtschaftsbereiche..... 29
- 6. Löhne 30
- 7. Beschäftigung 31
- 8. Öffentliche Finanzen..... 32
- 9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit 34
- 10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 35
- 11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 36
- 12. Hauptaggregate der Sektoren 39
- Literatur..... 42

1. Konjunkturindikatoren

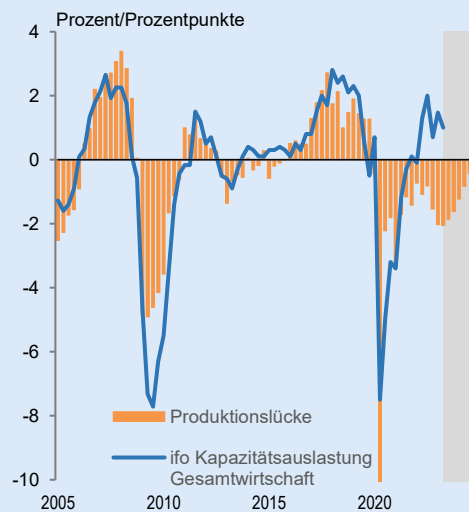
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

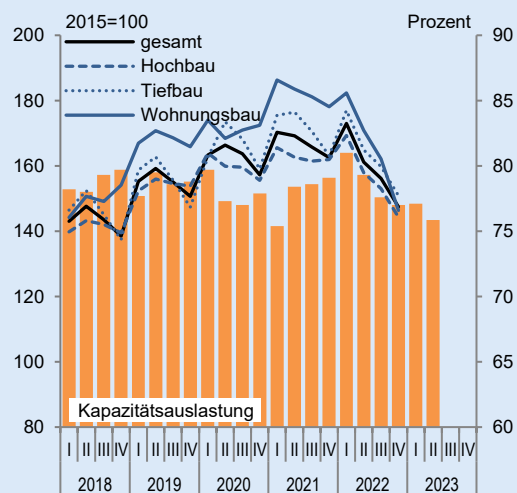
Abbildung 1.2:
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten: Prozentuale Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial, Schätzung des Produktionspotenzials aus der Mittelfristprojektion Frühjahr 2023 (Boysen-Hogrefe et al. 2023), Abweichung der ifo gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung vom Mittelwert in Prozentpunkten (2005 bis 2019).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

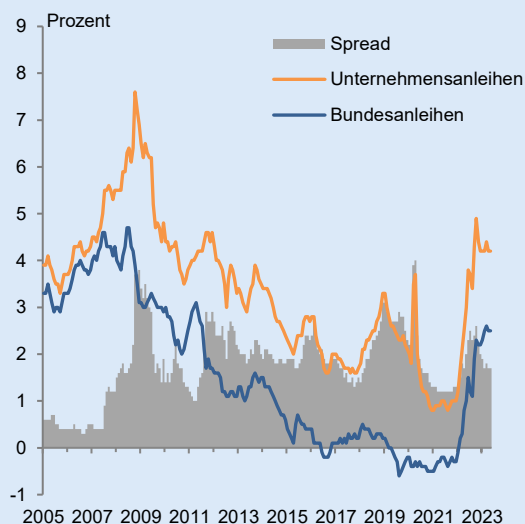


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

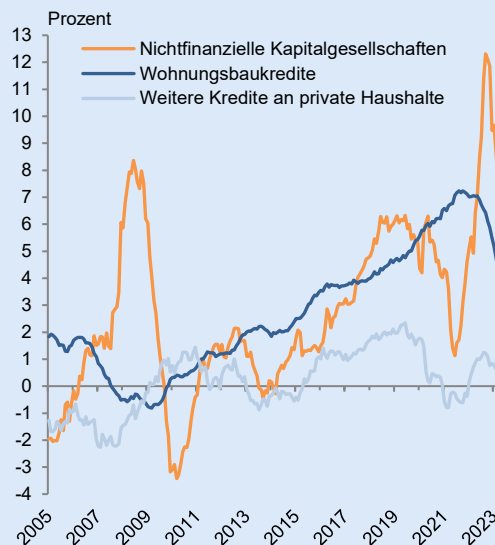
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Berechnungen des IfW Kiel.

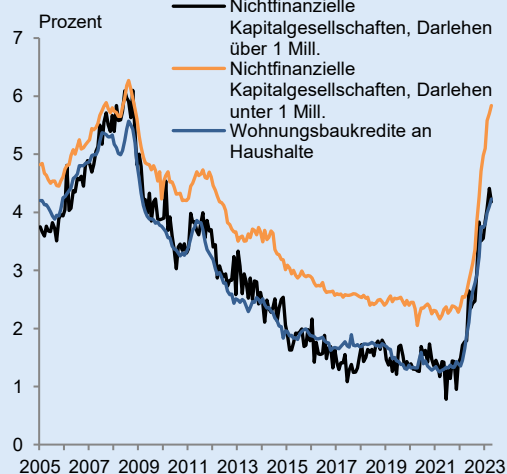
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel..

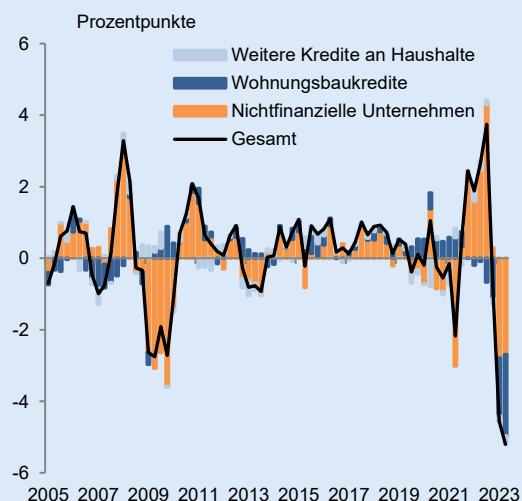
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

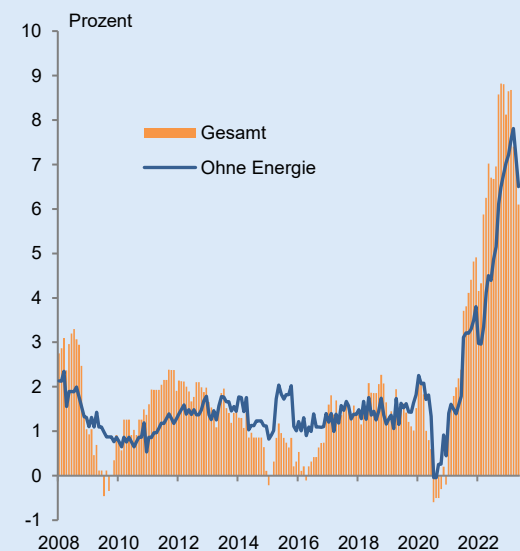
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

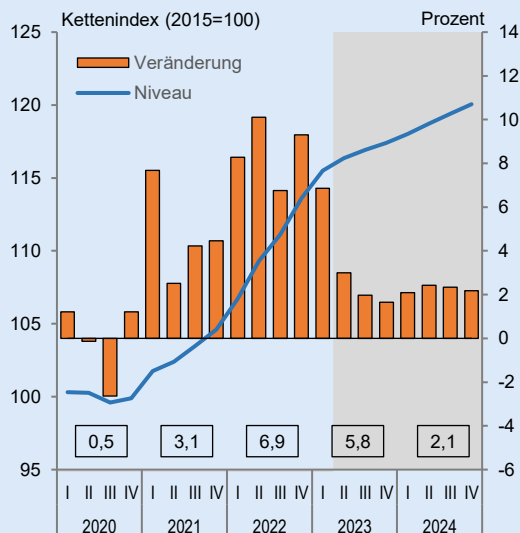
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken;
Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur 2021–2024

	2021				2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,25	2,50	3,50	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	3,75	3,50
Langfristige Zinsen	-0,46	-0,28	-0,45	-0,30	0,10	1,05	1,30	2,12	2,31	2,35	2,40	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
US-Dollar/Euro	1,20	1,21	1,18	1,14	1,12	1,06	1,01	1,02	1,07	1,09	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	91,5	91,6	91,0	89,8	89,7	88,9	87,9	89,8	89,9	89,8	89,7	89,2	88,9	88,4	87,9	87,5
Exportmärkte	0,6	2,1	1,6	1,1	0,7	0,4	0,3	0,0	0,3	0,2	0,5	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Rohölpreis	61	69	73	79	101	114	101	89	81	79	75	74	73	73	72	71
Gaspreis	18	25	49	97	101	101	205	124	53	34	31	42	48	45	46	49
Strompreis	53	66	104	193	202	203	410	205	123	93	96	123	142	114	119	147

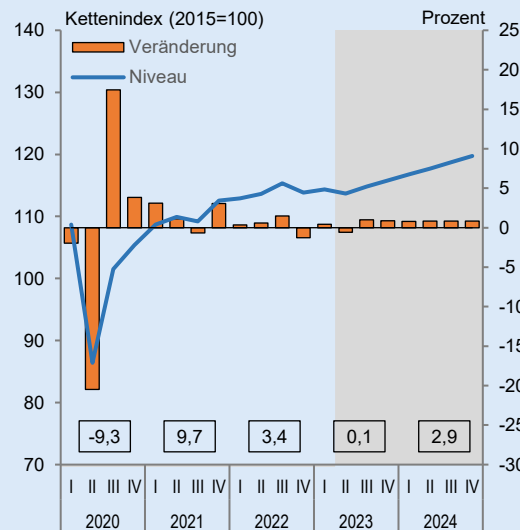
Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent. Gaspreis: Euro je MWh (TTF). Strompreis: Euro je MWh (Phelix, Baseload).

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA, Refinitiv, EEX, ENDEX; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

Abbildung 3.1:

Exporte

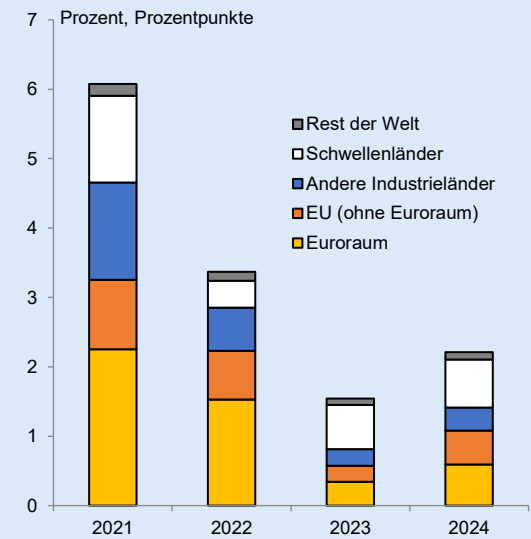


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
 Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 3.3:

Deutsche Exportmärkte

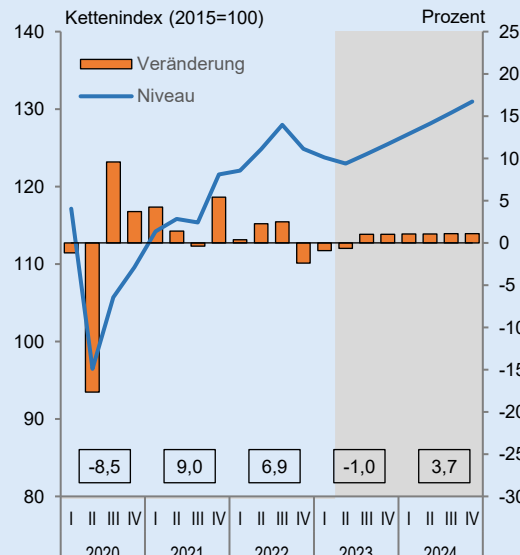


Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 3.2:

Importe

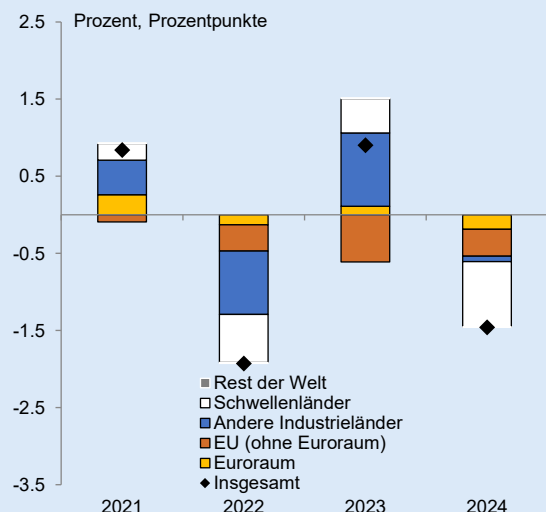


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
 Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 3.4:

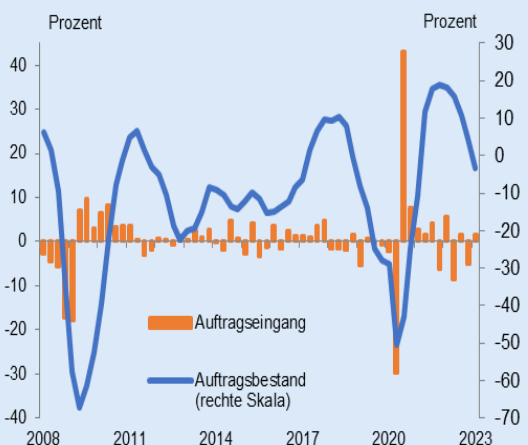
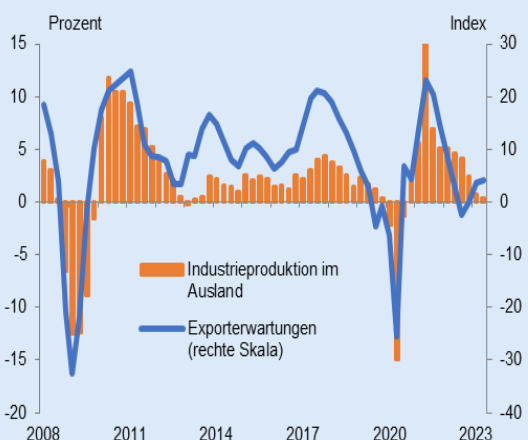
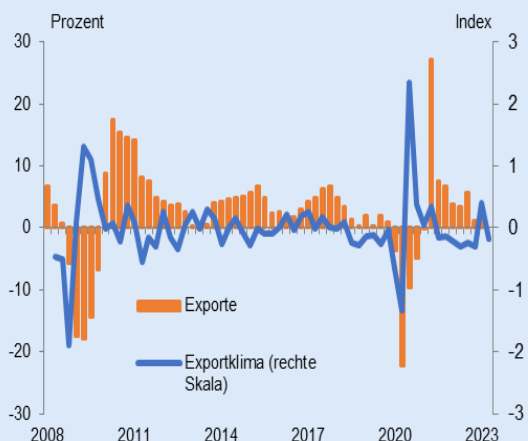
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2020; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 3.5:
Exportindikatoren

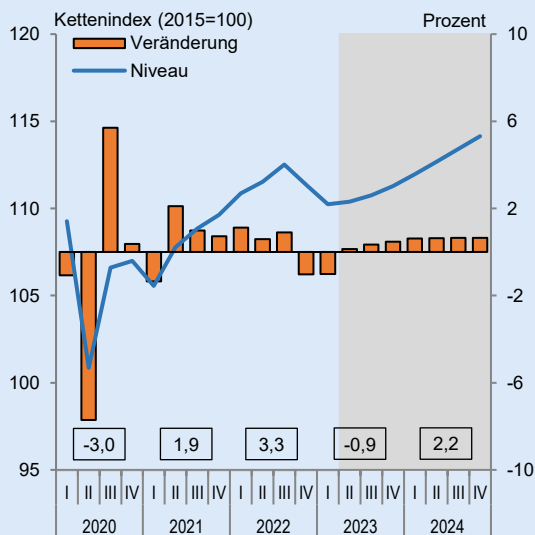


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportertwartungen: Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Reuters Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

4. Inländische Verwendung

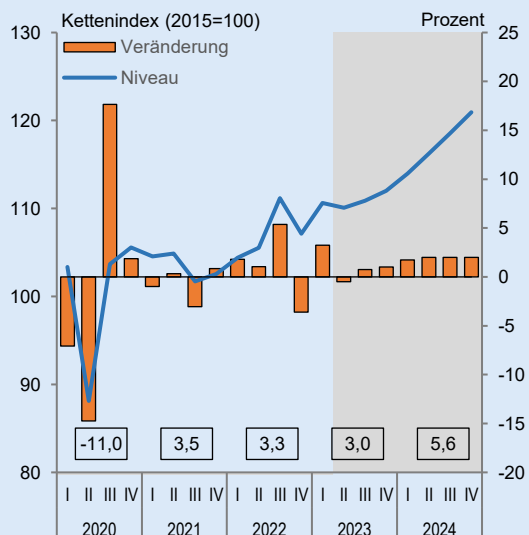
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

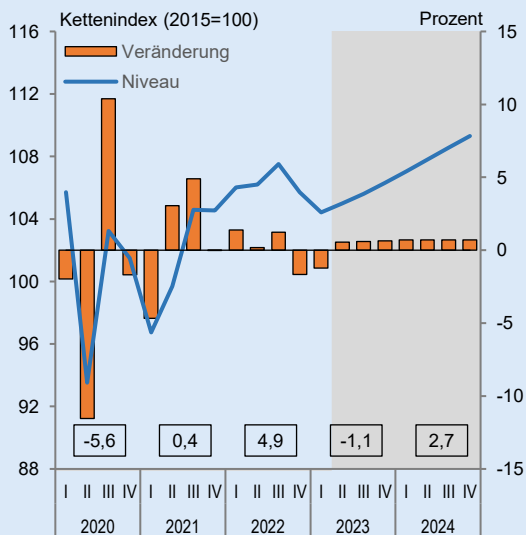
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

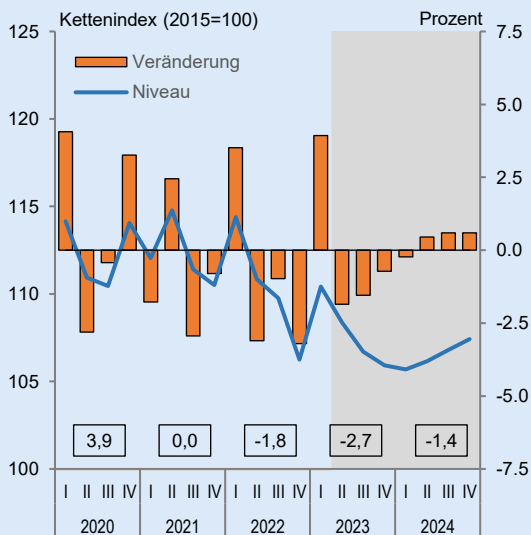
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

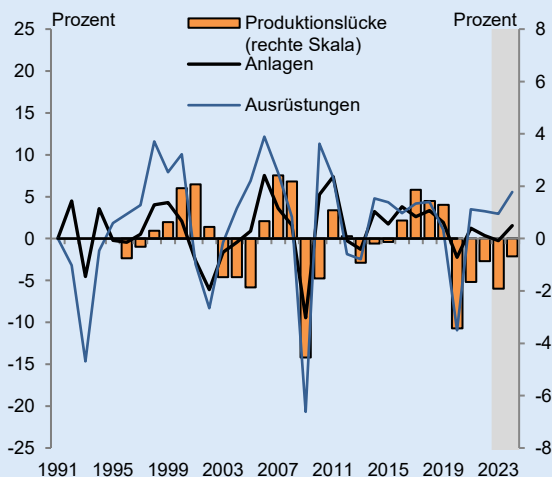
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

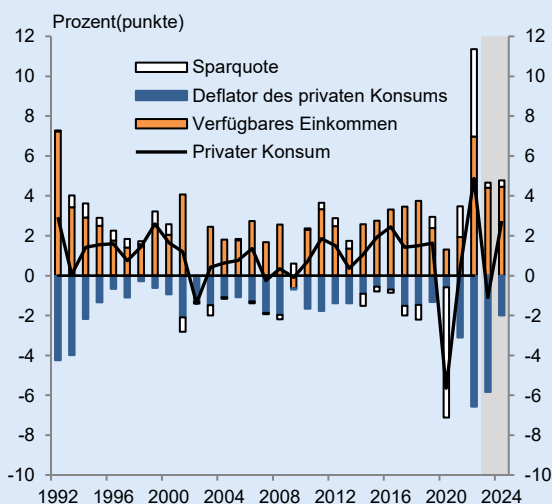
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

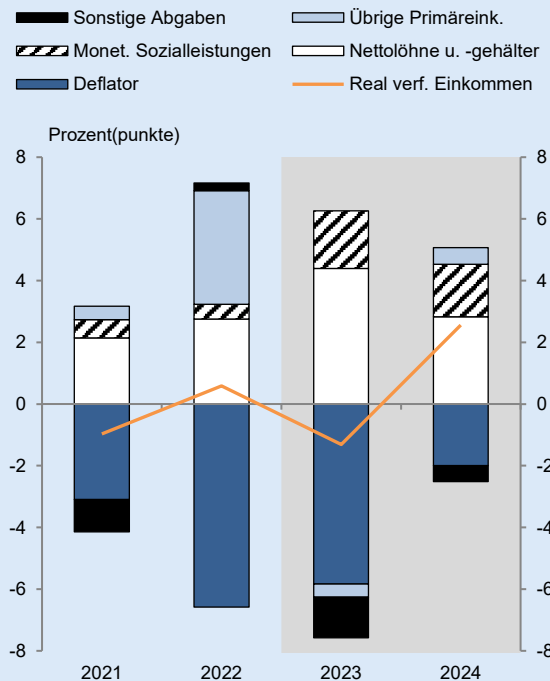
Abbildung 4.6:
Zerlegung der Zuwachsrates des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen

	2021	2022	2023	2024
Anlageinvestitionen	1,2	0,4	-0,2	1,5
Unternehmensinvestitionen	2,0	1,7	1,5	3,7
Ausrüstungen	3,5	3,3	3,0	5,6
Wirtschaftsbau	0,1	-1,9	-2,5	-0,4
Sonstige Anlagen	1,1	2,1	2,3	3,6
Wohnungsbau	0,6	-2,1	-4,2	-3,0
Öffentlicher Bau	-2,9	0,2	4,3	4,1
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	0,0	-1,8	-2,7	-1,4

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle:5.1
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

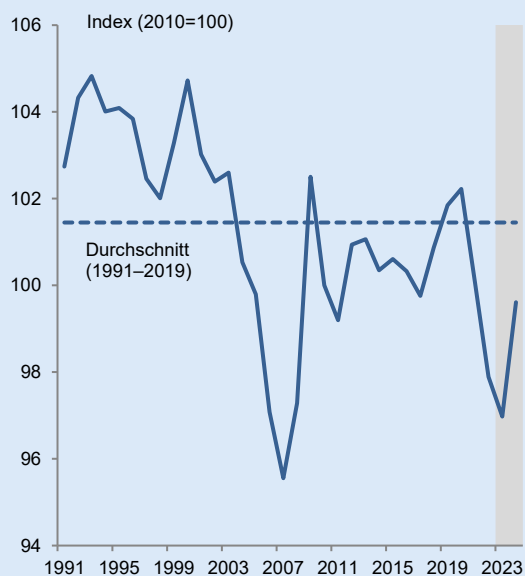
	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent											
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,5	-0,5	-0,3	0,1	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,3	-0,6	1,4	-1,1	0,9	0,1	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,4	0,0	0,4	-0,9	1,7	-0,2	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-0,3	-0,1	0,8	-0,3	2,0	-0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,6	0,3	-2,5	-4,7	0,3	-0,5	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	1,3	-2,6	-1,8	-2,8	6,1	-3,0	-2,5	-1,0	-0,3	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,0	-1,7	2,9	-2,6	0,1	0,3	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Information und Kommunikation	1,5	0,2	1,3	0,6	0,6	1,0	0,5	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,5	0,3	1,2	-0,3	-1,7	0,5	0,0	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,1	-0,3	0,0	1,2	0,5	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	1,7	0,5	-0,1	0,0	-0,4	1,0	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister	2,4	-1,4	3,1	-0,3	0,3	-0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Dienstleister	6,4	0,3	7,0	-6,6	1,2	1,0	1,0	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität

	2021	2022	2023	2024
Stundenkonzept				
Tariflöhne	1,5	2,7	5,6	5,1
Effektivlöhne	1,6	4,3	6,5	4,3
Lohndrift	0,1	1,6	0,8	-0,9
Lohnkosten	1,3	3,9	6,0	4,2
Arbeitsproduktivität	0,9	0,5	-0,9	0,8
Lohnstückkosten	0,7	3,3	7,1	3,4
Lohnstückkosten (real)	-2,3	-2,1	0,6	1,4
Personenkonzept				
Tariflöhne	1,5	2,6	5,6	5,1
Effektivlöhne	3,3	4,1	6,3	5,7
Lohndrift	1,8	1,5	0,7	0,6
Lohnkosten	3,1	3,7	6,0	5,6
Arbeitsproduktivität	2,5	0,5	-1,1	2,0
Lohnstückkosten	0,6	3,2	7,2	3,6
Lohnstückkosten (real)	-2,4	-2,2	0,7	1,6

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

Tabelle 7.1:

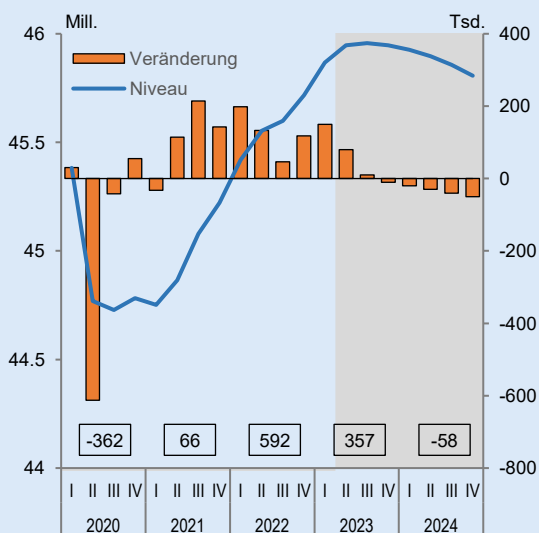
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2020	2021	2022	2023	2024
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	59.249	60.281	61.078	61.418	62.055
Erwerbstätige (Inland)	44.915	44.980	45.572	45.929	45.872
Selbständige	4.055	3.958	3.908	3.875	3.835
Arbeitnehmer (Inland)	40.859	41.022	41.665	42.055	42.037
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.579	33.897	34.508	34.830	34.878
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.290	4.101	4.125	4.182	4.111
Pendlersaldo	94	114	139	140	141
Erwerbstätige (Inländer)	44.821	44.866	45.433	45.789	45.731
Arbeitnehmer (Inländer)	40.766	40.908	41.526	41.915	41.897
Registrierte Arbeitslose	2.695	2.613	2.418	2.552	2.455
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,9	5,7	5,3	5,6	5,3
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,4	3,3	2,9	2,7	2,6

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

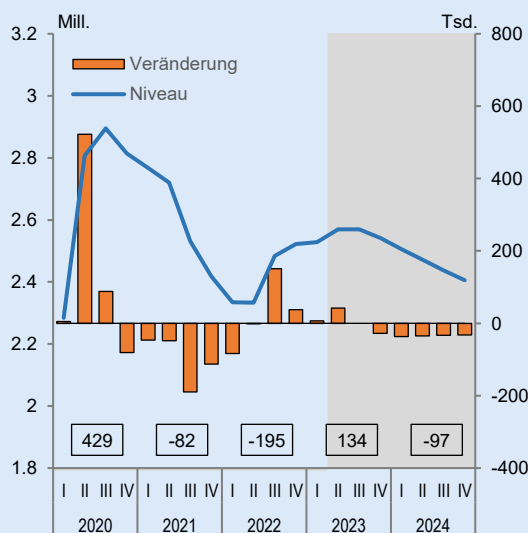
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8.1:

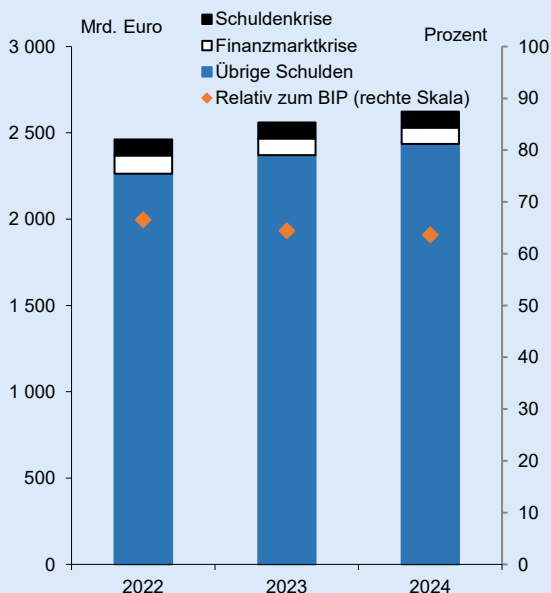
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2020	2021	2022	2023	2024
Einnahmen	1.569,1	1.711,7	1.820,1	1.889,6	1.989,5
→relativ zum BIP	46,1	47,5	47,0	46,1	46,7
Steuern	774,5	877,8	947,3	959,2	1.003,9
→relativ zum BIP	22,7	24,4	24,5	23,4	23,6
Sozialbeiträge	608,1	633,7	666,3	712,5	756,8
→relativ zum BIP	17,9	17,6	17,2	17,4	17,8
Sonstige Einnahmen	186,5	200,3	206,5	217,9	228,8
→relativ zum BIP	5,5	5,6	5,3	5,3	5,4
Ausgaben	1.716,6	1.846,0	1.926,2	1.959,7	2.026,7
→relativ zum BIP	50,4	51,3	49,8	47,8	47,6
Arbeitnehmerentgelt	284,3	294,4	307,6	318,0	334,4
Vorleistungen	209,4	227,2	238,5	230,7	241,0
Soziale Sachleistungen	304,9	330,0	354,0	353,8	369,1
Bruttoinvestitionen	93,2	93,4	103,1	113,2	127,0
Geleistete Vermögenseinkommen	21,5	20,8	26,2	32,0	36,3
Monetäre Sozialleistungen	600,0	610,9	619,3	659,4	697,6
Subventionen	73,4	111,6	70,8	74,1	39,1
Sonstige laufende Übertragungen	82,6	90,4	114,5	100,7	101,1
Vermögensübertragungen	48,1	68,1	92,9	78,5	81,9
Sonstige Ausgaben	-1,2	-1,2	-1,0	-1,0	-1,0
Finanzierungssaldo	-147,6	-134,3	-106,0	-70,1	-37,2
→relativ zum BIP	-4,3	-3,7	-2,7	-1,7	-0,9
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1003,8	1116,4	1197,6	1211,9	1268,6
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	993,2	1.109,8	1.186,8	1.210,6	1.267,4
Transfers der Sozialversicherung	10,6	6,6	10,8	1,3	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.116,5	1.255,0	1.312,0	1.307,2	1.327,3
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	975,2	1.097,3	1.133,7	1.151,0	1.177,0
Transfers an die Sozialversicherung	141,4	157,7	178,3	156,2	150,3
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-112,7	-138,5	-114,4	-95,3	-58,7
Einnahmen der Sozialversicherung	717,9	783,5	811,6	837,7	883,0
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	576,6	625,8	633,3	681,5	732,8
Ausgaben der Sozialversicherung	752,7	779,2	803,2	811,7	853,3
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	742,1	772,6	792,5	810,4	852,1
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	-34,8	4,3	8,4	26,0	29,7

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

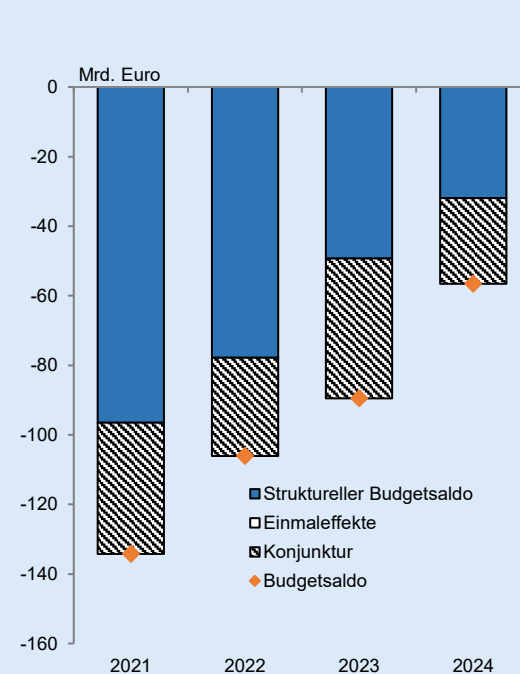
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

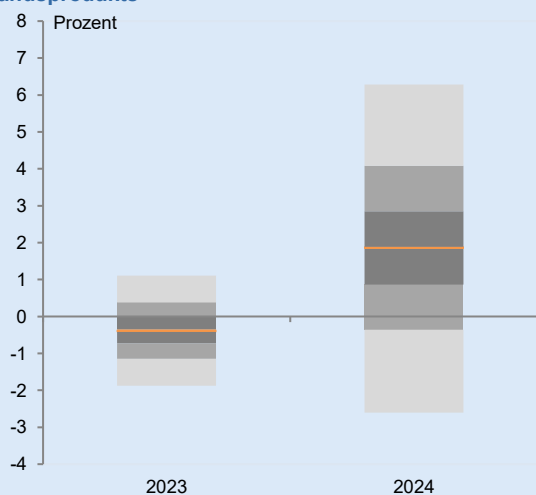
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,5	-0,5	-0,3	0,1	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	1,4	0,2	1,2	-1,7	-1,2	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,4	-1,1	0,2	-4,9	1,8	0,7	0,5	0,4	0,2	0,3	0,2
Ausrüstungsinvestitionen	1,8	1,1	5,4	-3,6	3,2	-0,5	0,7	1,0	1,8	2,0	2,0	2,0
Bauinvestitionen	3,5	-3,1	-1,0	-3,2	3,9	-1,9	-1,5	-0,7	-0,2	0,4	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-0,1	0,8	1,0	0,7	0,1	0,5	0,7	0,7	1,0	1,0	1,0	1,0
Vorratsveränderungen	-0,4	0,7	0,2	0,4	0,0	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	1,1	0,6	0,9	-1,0	-1,0	0,1	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Ausfuhr	0,3	0,6	1,5	-1,3	0,4	-0,6	1,0	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9
Einfuhr	0,4	2,3	2,5	-2,4	-0,9	-0,6	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
Außenbeitrag	0,0	-0,7	-0,4	0,5	0,7	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	45.420	45.553	45.599	45.717	45.867	45.947	45.957	45.947	45.927	45.897	45.857	45.807
Arbeitslose	2.335	2.333	2.484	2.522	2.528	2.570	2.570	2.542	2.506	2.471	2.438	2.406

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

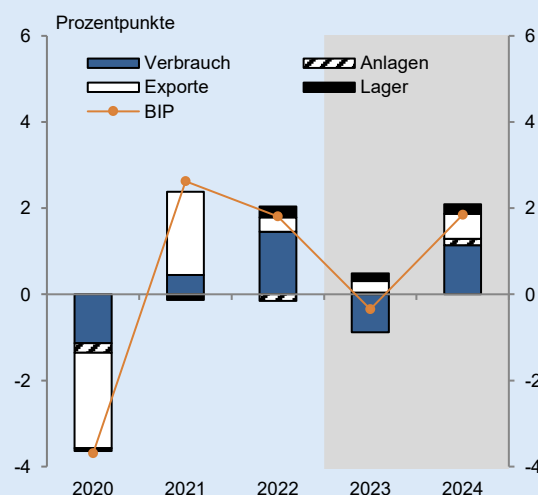
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2022).

Quelle: Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10.1:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2021–2024

	2021	2021	2022	2023	2024
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,6	1,8	-0,3	1,8
Private Konsumausgaben		0,4	4,9	-1,1	2,7
Konsumausgaben des Staates		3,8	1,2	-3,5	1,9
Anlageinvestitionen		1,2	0,4	-0,2	1,5
Ausrüstungsinvestitionen		3,5	3,3	3,0	5,6
Bauinvestitionen		0,0	-1,8	-2,7	-1,4
Sonstige Anlagen		1,1	2,1	2,3	3,6
Vorratsveränderung		0,5	0,4	0,5	0,0
Inländische Verwendung		1,9	3,3	-0,9	2,2
Ausfuhr		9,7	3,4	0,1	2,9
Einfuhr		9,0	6,9	-1,0	3,7
Außenbeitrag		0,8	-1,3	0,6	-0,2
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.601,8	5,8	7,4	6,1	3,8
Private Konsumausgaben	1.773,8	3,5	11,8	4,7	4,8
Konsumausgaben des Staates	797,5	6,6	6,5	0,5	4,5
Anlageinvestitionen	783,8	6,5	11,3	5,6	2,6
Ausrüstungsinvestitionen	229,4	5,5	10,6	8,9	7,4
Bauinvestitionen	416,7	8,3	13,9	4,2	-1,0
Sonstige Anlagen	137,7	2,9	4,6	4,5	5,7
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		55,1	89,5	102,3	103,1
Inländische Verwendung	3.410,2	6,1	11,3	4,2	4,1
Ausfuhr	1.693,9	15,6	15,4	0,5	4,0
Einfuhr	1.502,4	18,0	25,0	-3,5	4,6
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		191,6	75,9	152,4	147,0
Bruttonationaleinkommen	3.729,5	6,4	7,3	6,1	3,8
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		3,1	5,5	6,4	1,9
Private Konsumausgaben		3,1	6,6	5,8	2,0
Konsumausgaben des Staates		2,7	5,2	4,1	2,6
Ausrüstungsinvestitionen		1,9	7,1	5,8	1,7
Bauinvestitionen		8,3	16,0	7,1	0,3
Sonstige Anlagen		1,8	2,4	2,1	2,0
Ausfuhr		5,4	11,6	0,4	1,0
Einfuhr		8,3	17,0	-2,5	0,9
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		3,1	6,9	5,8	2,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.743,4	6,7	4,3	6,5	2,9
Arbeitnehmerentgelt	1.918,0	3,5	5,3	6,9	5,5
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		69,9	70,6	70,9	72,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	825,4	15,0	1,8	5,4	-3,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.031,2	2,1	7,2	4,5	4,6
Sparquote (Prozent)		15,1	11,3	11,1	10,8
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.570,6	3,7	5,7	7,3	5,6
Effektivlohn, Stundenbasis		1,6	4,3	6,5	4,3
Lohnstückkosten, Stundenbasis		0,7	3,3	7,1	3,4
Produktivität, Stundenbasis		0,9	0,5	-0,9	0,8
Arbeitslose (1 000)		2.613	2.418	2.552	2.455
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	5,3	5,6	5,3
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.980	45.572	45.929	45.872
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-134,3	-106,0	-70,1	-37,2
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-3,7	-2,7	-1,7	-0,9
Öffentliche Schulden (Prozent)		69,3	66,2	64,3	63,0

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen									
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024									
	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,3	0,8	- 0,1	1,5	1,1	0,9	0,6	0,0	- 0,3
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	1,0	1,9	0,7	0,5	0,6	0,9	1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,0	- 0,2	1,2	0,4	- 0,4	- 0,5	0,0	0,9	1,4
Produktivität ¹	0,5	- 0,9	0,8	1,0	0,0	- 0,9	- 0,9	0,6	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	- 0,3	1,8	2,9	0,8	- 0,5	- 0,2	1,5	2,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 832,0	2 928,9	3 066,7	1 370,1	1 461,9	1 424,3	1 504,6	1 493,9	1 572,9
Private Haushalte ²	1 982,7	2 075,3	2 174,6	955,6	1 027,0	1 012,0	1 063,3	1 058,5	1 116,1
Staat	849,3	853,7	892,1	414,5	434,9	412,3	441,4	435,4	456,8
Anlageinvestitionen	872,4	921,4	945,2	418,3	454,2	453,3	468,1	453,2	492,0
Ausrüstungen	253,7	276,3	296,7	118,0	135,7	132,6	143,7	139,9	156,8
Bauten	474,7	494,6	489,4	231,7	243,1	249,6	245,0	238,5	251,0
Sonstige Anlageinvestitionen	144,0	150,5	159,1	68,6	75,4	71,1	79,4	74,9	84,2
Vorratsveränderung ³	89,5	102,3	103,1	47,3	42,2	51,0	51,2	56,8	46,3
Inländische Verwendung	3 794,0	3 952,6	4 115,0	1 835,7	1 958,3	1 928,7	2 023,9	2 003,9	2 111,1
Außenbeitrag	75,9	152,4	147,0	55,2	20,7	86,0	66,4	86,8	60,2
Exporte	1 954,6	1 965,2	2 042,9	949,3	1 005,3	975,6	989,6	1 007,1	1 035,7
Importe	1 878,7	1 812,7	1 895,9	894,1	984,6	889,6	923,2	920,3	975,5
Bruttoinlandsprodukt	3 869,9	4 105,0	4 262,0	1 890,9	1 979,0	2 014,7	2 090,4	2 090,7	2 171,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	10,1	3,4	4,7	12,2	8,3	4,0	2,9	4,9	4,5
Private Haushalte ²	11,8	4,7	4,8	14,2	9,6	5,9	3,5	4,6	5,0
Staat	6,5	0,5	4,5	7,7	5,4	- 0,5	1,5	5,6	3,5
Anlageinvestitionen	11,3	5,6	2,6	11,8	10,9	8,4	3,1	0,0	5,1
Ausrüstungen	10,6	8,9	7,4	6,9	14,0	12,4	5,9	5,5	9,1
Bauten	13,9	4,2	- 1,0	16,6	11,5	7,7	0,8	- 4,5	2,5
Sonstige Anlageinvestitionen	4,6	4,5	5,7	5,3	4,0	3,7	5,3	5,3	6,1
Inländische Verwendung	11,3	4,2	4,1	12,9	9,8	5,1	3,4	3,9	4,3
Exporte	15,4	0,5	4,0	16,8	14,1	2,8	- 1,6	3,2	4,7
Importe	25,0	- 3,5	4,6	27,9	22,6	- 0,5	- 6,2	3,5	5,7
Bruttoinlandsprodukt	7,4	6,1	3,8	8,7	6,3	6,5	5,6	3,8	3,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 420,1	2 376,4	2 435,5	1 196,1	1 223,9	1 167,7	1 208,7	1 197,6	1 237,9
Private Haushalte ²	1 706,8	1 688,0	1 734,2	839,0	867,7	827,8	860,3	848,8	885,5
Staat	712,0	687,4	700,3	356,2	355,7	339,4	347,9	348,3	351,9
Anlageinvestitionen	675,0	673,3	683,7	330,1	345,0	330,8	342,5	329,6	354,0
Ausrüstungen	222,9	229,5	242,2	105,1	117,7	110,3	119,1	114,3	127,9
Bauten	322,8	313,9	309,7	162,6	160,2	157,6	156,3	152,0	157,6
Sonstige Anlageinvestitionen	129,2	132,2	137,0	61,4	67,9	62,9	69,3	64,9	72,1
Inländische Verwendung	3 123,2	3 093,6	3 160,3	1 537,1	1 586,0	1 524,4	1 569,3	1 551,1	1 609,3
Exporte	1 625,5	1 627,7	1 675,2	805,9	819,6	809,6	818,1	829,1	846,2
Importe	1 492,0	1 476,4	1 530,9	726,1	765,9	725,4	751,1	747,1	783,7
Bruttoinlandsprodukt	3 261,8	3 250,5	3 310,4	1 618,9	1 643,0	1 611,6	1 638,9	1 635,4	1 675,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,7	- 1,8	2,5	6,3	1,3	- 2,4	- 1,2	2,6	2,4
Private Haushalte ²	4,9	- 1,1	2,7	8,3	1,8	- 1,3	- 0,9	2,5	2,9
Staat	1,2	- 3,5	1,9	2,2	0,2	- 4,7	- 2,2	2,6	1,1
Anlageinvestitionen	0,4	- 0,3	1,5	0,4	0,3	0,2	- 0,7	- 0,4	3,3
Ausrüstungen	3,3	3,0	5,6	0,7	5,7	5,0	1,2	3,6	7,4
Bauten	- 1,8	- 2,7	- 1,4	- 0,2	- 3,4	- 3,1	- 2,4	- 3,6	0,9
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,3	3,6	1,7	2,5	2,5	2,2	3,3	4,0
Inländische Verwendung	3,3	- 0,9	2,2	4,4	2,2	- 0,8	- 1,1	1,8	2,5
Exporte	3,4	0,1	2,9	3,9	2,8	0,5	- 0,2	2,4	3,4
Importe	6,9	- 1,0	3,7	7,5	6,3	- 0,1	- 1,9	3,0	4,4
Bruttoinlandsprodukt	1,8	- 0,3	1,8	2,9	0,8	- 0,5	- 0,2	1,5	2,2

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	6,6	5,8	2,0	5,5	7,7	7,3	4,4	2,0	2,0
Konsumausgaben des Staates	5,2	4,1	2,6	5,4	5,2	4,4	3,8	2,9	2,3
Anlageinvestitionen	10,9	5,9	1,0	11,3	10,6	8,1	3,8	0,3	1,7
Ausrüstungen	7,1	5,8	1,7	6,2	7,8	7,1	4,7	1,8	1,6
Bauten	16,0	7,1	0,3	16,8	15,4	11,1	3,3	- 0,9	1,6
Exporte	11,6	0,4	1,0	12,4	10,9	3,3	- 1,4	0,8	1,2
Importe	17,0	- 2,5	0,9	19,0	15,3	- 0,4	- 4,4	0,4	1,3
Bruttoinlandsprodukt	5,5	6,4	1,9	5,6	5,5	7,0	5,9	2,3	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd.EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 642,3	2 773,4	2 905,5	1 292,8	1 349,5	1 360,7	1 412,7	1 422,0	1 483,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	360,1	379,4	399,1	174,3	185,8	182,4	197,0	191,8	207,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 660,4	1 781,4	1 881,6	788,0	872,4	846,5	934,9	891,8	989,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	621,9	612,6	624,9	330,6	291,3	331,8	280,8	338,5	286,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	565,9	621,6	635,3	263,1	302,8	286,2	335,4	297,2	338,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 208,2	3 395,0	3 540,8	1 556,0	1 652,3	1 646,9	1 748,2	1 719,2	1 821,6
Abschreibungen	792,6	848,7	865,6	387,6	405,0	424,5	424,2	430,8	434,8
Bruttonationaleinkommen	4 000,8	4 243,7	4 406,4	1 943,6	2 057,3	2 071,4	2 172,3	2 150,0	2 256,4
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 860,5	3 046,1	3 134,2	1 377,2	1 483,4	1 484,3	1 561,8	1 519,3	1 614,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	840,1	885,3	853,5	414,9	425,2	455,4	429,9	435,8	417,8
Arbeitnehmerentgelt	2 020,5	2 160,8	2 280,7	962,3	1 058,2	1 028,9	1 131,9	1 083,6	1 197,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	7,2	5,0	4,8	8,0	6,4	5,2	4,7	4,5	5,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,6	5,4	5,2	3,6	3,7	4,7	6,0	5,1	5,2
Bruttolöhne und -gehälter	5,7	7,3	5,6	6,6	4,9	7,4	7,2	5,4	5,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,1	6,3	5,7	4,7	3,6	6,3	6,3	5,3	6,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	13,7	- 1,5	2,0	14,3	13,0	0,4	- 3,6	2,0	2,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,1	9,8	2,2	5,3	- 2,2	8,8	10,8	3,8	0,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,1	5,8	4,3	7,6	4,7	5,8	5,8	4,4	4,2
Abschreibungen	12,4	7,1	2,0	12,6	12,3	9,5	4,7	1,5	2,5
Bruttonationaleinkommen	7,3	6,1	3,8	8,5	6,1	6,6	5,6	3,8	3,9
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	4,3	6,5	2,9	4,7	3,9	7,8	5,3	2,4	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,8	5,4	- 3,6	1,6	2,0	9,8	1,1	- 4,3	- 2,8
Arbeitnehmerentgelt	5,3	6,9	5,5	6,0	4,7	6,9	7,0	5,3	5,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²									
a) Mrd.EUR									
Masseneinkommen	1 657,5	1 784,9	1 879,7	789,6	867,9	855,2	929,6	897,2	982,5
Nettolöhne und -gehälter	1 118,7	1 214,4	1 278,8	523,8	594,9	572,1	642,3	600,2	678,6
Monetäre Sozialleistungen abz. Abgaben auf soziale Leistungen,	686,1	726,7	765,4	338,0	348,1	360,1	366,6	377,7	387,7
verbrauchsnahe Steuern	147,3	156,3	164,5	72,2	75,1	77,0	79,3	80,6	83,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	621,9	612,6	624,9	330,6	291,3	331,8	280,8	338,5	286,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 102,7	- 122,4	- 125,9	- 58,0	- 44,6	- 58,0	- 64,3	- 61,2	- 64,7
Verfügbares Einkommen	2 176,8	2 275,1	2 378,7	1 062,1	1 114,6	1 129,0	1 146,1	1 174,5	1 204,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,0	59,0	59,6	28,6	30,4	28,5	30,5	28,9	30,6
Konsumausgaben	1 982,7	2 075,3	2 174,6	955,6	1 027,0	1 012,0	1 063,3	1 058,5	1 116,1
Sparen	253,1	258,9	263,7	135,1	117,9	145,5	113,3	144,9	118,8
Sparquote (%) ⁶	11,3	11,1	10,8	12,4	10,3	12,6	9,6	12,0	9,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	7,7	5,3	2,8	4,9	8,3	7,1	4,9	5,7
Nettolöhne und -gehälter	5,3	8,6	5,3	5,8	4,8	9,2	8,0	4,9	5,7
Monetäre Sozialleistungen abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,4	5,9	5,3	- 1,9	4,9	6,5	5,3	4,9	5,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,5	6,1	5,3	0,5	4,5	6,6	5,6	4,8	5,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	13,7	- 1,5	2,0	14,3	13,0	0,4	- 3,6	2,0	2,0
Verfügbares Einkommen	7,2	4,5	4,6	5,3	9,0	6,3	2,8	4,0	5,1
Konsumausgaben	11,8	4,7	4,8	14,2	9,6	5,9	3,5	4,6	5,0
Sparen	- 19,9	2,3	1,9	- 32,6	2,0	7,7	- 3,9	- 0,4	4,8

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen									
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024									
	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷									
a) Mrd.EUR									
Einnahmen									
Steuern	947,3	959,2	1 003,9	468,1	479,2	469,4	489,7	493,6	510,3
Sozialbeiträge	666,3	712,5	756,8	321,9	344,4	343,0	369,5	364,1	392,7
Vermögenseinkommen	16,4	17,9	18,6	8,9	7,5	10,0	7,9	10,4	8,3
Sonstige Transfers	28,2	29,4	30,8	12,1	16,1	12,6	16,8	13,2	17,6
Vermögenstransfers	18,9	19,2	20,4	9,0	9,9	8,8	10,5	9,3	11,0
Verkäufe	142,8	151,2	158,8	66,6	76,2	70,3	80,9	73,7	85,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 820,1	1 889,6	1 989,5	886,6	933,5	914,2	975,4	964,4	1 025,1
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	592,8	584,9	610,4	287,3	305,6	278,5	306,4	295,1	315,3
Arbeitnehmerentgelt	307,6	318,0	334,4	149,1	158,4	153,4	164,6	160,7	173,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,2	32,0	36,3	12,7	13,5	14,3	17,7	16,4	19,8
Subventionen	70,8	74,1	39,1	29,0	41,8	45,3	28,8	20,3	18,8
Monetäre Sozialleistungen	619,3	659,4	697,6	304,7	314,6	326,6	332,9	343,9	353,7
Sonstige laufende Transfers	114,5	100,7	101,1	44,3	70,2	47,0	53,7	46,8	54,4
Vermögenstransfers	92,9	78,5	81,9	22,8	70,1	28,9	49,7	30,1	51,8
Bruttoinvestitionen	103,1	113,2	127,0	43,8	59,3	47,9	65,3	53,5	73,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 0,6	- 0,4	- 0,6	- 0,4	- 0,6	- 0,4
Insgesamt	1 926,2	1 959,7	2 026,7	893,1	1 033,1	941,1	1 018,6	966,2	1 060,5
Finanzierungssaldo	- 106,0	- 70,1	- 37,2	- 6,5	- 99,6	- 27,0	- 43,2	- 1,8	- 35,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	7,9	1,3	4,7	12,5	3,8	0,3	2,2	5,1	4,2
Sozialbeiträge	5,1	6,9	6,2	5,2	5,1	6,6	7,3	6,1	6,3
Vermögenseinkommen	8,3	8,8	4,2	9,5	6,9	12,5	4,5	3,7	4,8
Sonstige Transfers	- 6,2	4,1	4,9	- 18,7	6,1	3,6	4,6	5,5	4,4
Vermögenstransfers	- 6,9	1,7	6,0	6,4	- 16,4	- 2,5	5,5	6,7	5,4
Verkäufe	6,1	5,9	5,0	8,0	4,5	5,5	6,2	4,8	5,2
Sonstige Subventionen	34,8	- 2,6	0,0	49,1	25,6	- 6,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	6,3	3,8	5,3	8,8	4,1	3,1	4,5	5,5	5,1
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	6,3	- 1,3	4,4	8,0	4,8	- 3,1	0,3	6,0	2,9
Arbeitnehmerentgelt	4,5	3,4	5,2	5,4	3,6	2,8	3,9	4,8	5,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,0	22,2	13,3	14,5	39,1	12,7	31,0	15,2	11,8
Subventionen	- 36,6	4,6	- 47,2	- 49,4	- 23,0	56,0	- 31,1	- 55,1	- 34,7
Monetäre Sozialleistungen	1,4	6,5	5,8	- 2,3	5,2	7,2	5,8	5,3	6,3
Sonstige laufende Transfers	26,6	- 12,1	0,5	2,1	49,3	6,0	- 23,5	- 0,5	1,3
Vermögenstransfers	36,4	- 15,5	4,2	11,4	47,2	26,9	- 29,2	4,2	4,3
Bruttoinvestitionen	10,4	9,8	12,2	10,0	10,8	9,4	10,1	11,6	12,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 17,7	- 1,2	0,0	- 6,1	- 29,4	- 2,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,3	1,7	3,4	0,2	8,2	5,4	- 1,4	2,7	4,1
¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. ⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. ⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.									
Quelle: Statistisches Bundesamt, <i>Fachserie 18</i> ; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.									

12. Hauptaggregate der Sektoren

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2022					Übrige Welt
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.		
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 502,2	2 375,7	399,6	726,9	-	
2 - Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 709,6	1 923,1	299,3	487,3	- 75,9	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 016,1	1 456,4	307,6	252,1	18,3	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,7	28,3	0,3	10,1	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	52,6	43,6	0,2	8,8	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	707,5	481,9	- 8,4	233,9	- 94,2	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 020,5	-	-	2 020,5	13,9	
9 - Geleistete Subventionen	70,8	-	70,8	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	418,5	-	418,5	-	10,8	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	721,4	674,8	26,2	20,4	233,2	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	854,0	429,3	16,4	408,3	100,5	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 208,2	236,3	329,5	2 642,3	- 206,8	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	515,2	123,3	-	391,8	14,2	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	528,8	-	528,8	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	809,6	-	-	809,6	4,6	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	809,7	142,5	666,3	0,9	4,5	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	694,1	73,9	619,3	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	686,1	-	-	686,1	8,6	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	426,2	217,0	114,5	94,7	70,1	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	364,0	191,3	28,2	144,4	132,3	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	- 150,4	
23 - Konsumausgaben	2 832,0	-	849,3	1 982,7	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-	
25 = Sparen	319,7	96,9	- 30,3	253,1	- 150,4	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	126,6	18,2	92,9	15,5	7,0	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	113,8	74,0	18,9	20,9	19,8	
28 - Bruttoinvestitionen	962,0	571,8	103,1	287,0	-	
29 + Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,7	11,2	- 1,0	0,6	- 10,7	
31 = Finanzierungssaldo	126,8	22,4	- 106,0	210,5	- 126,8	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	- 150,4	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	540,0	-	540,0	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	540,0	-	-	540,0	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 151,7	155,9	279,1	2 716,7	- 150,4	
38 - Konsum 2)	2 832,0	-	309,4	2 522,7	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-	
40 = Sparen	319,7	96,9	- 30,3	253,1	- 150,4	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren
 Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2023				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 764,5	2 589,6	420,3	754,5	–
2 – Abschreibungen	848,7	481,9	110,9	255,8	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 915,8	2 107,7	309,3	498,7	– 152,4
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 156,3	1 571,2	318,0	267,1	19,4
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,4	27,3	0,3	9,8	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	22,5	19,5	0,2	2,8	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	744,7	528,7	– 8,7	224,7	– 171,9
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 160,8	–	–	2 160,8	14,9
9 – Geleistete Subventionen	74,1	–	74,1	–	4,8
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	423,0	–	423,0	–	11,2
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	801,5	729,3	32,0	40,3	262,2
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	942,2	496,0	17,9	428,3	121,5
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 395,0	295,5	326,1	2 773,4	– 291,1
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	522,0	123,3	–	398,7	14,8
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	536,2	–	536,2	–	0,6
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	857,4	–	–	857,4	4,8
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	857,5	144,1	712,5	0,9	4,6
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	735,1	74,8	659,4	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	726,7	–	–	726,7	9,0
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	421,2	223,4	100,7	97,2	77,2
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	356,3	198,7	29,4	128,3	142,1
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 336,1	216,8	844,1	2 275,1	– 232,1
23 – Konsumausgaben	2 928,9	–	853,7	2 075,3	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,0	–	59,0	–
25 = Sparen	407,1	157,8	– 9,6	258,9	– 232,1
26 – Geleistete Vermögenstransfers	112,6	18,6	78,5	15,5	6,8
27 + Empfangene Vermögenstransfers	94,8	54,2	19,2	21,4	24,7
28 = Bruttoinvestitionen	1 023,7	616,2	113,2	294,3	–
29 + Abschreibungen	848,7	481,9	110,9	255,8	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,0	19,4	– 1,0	0,6	– 19,0
31 = Finanzierungssaldo	195,3	39,7	– 70,1	225,7	– 195,3
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 336,1	216,8	844,1	2 275,1	– 232,1
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	536,3	–	536,3	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	536,3	–	–	536,3	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 336,1	216,8	307,8	2 811,4	– 232,1
38 – Konsum 3)	2 928,9	–	317,3	2 611,6	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,0	–	59,0	–
40 = Sparen	407,1	157,8	– 9,6	258,9	– 232,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2024					Übrige Welt
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.		
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 863,5	2 639,0	440,9	783,7	-	
2 - Abschreibungen	865,6	488,9	115,5	261,2	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 997,9	2 150,2	325,3	522,4	- 147,0	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 276,2	1 661,1	334,4	280,7	20,5	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,9	29,8	0,3	10,8	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	25,9	22,5	0,2	3,2	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	706,7	481,7	- 9,2	234,2	- 167,5	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 280,7	-	-	2 280,7	16,0	
9 - Geleistete Subventionen	39,1	-	39,1	-	4,8	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	445,7	-	445,7	-	11,6	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	834,1	747,5	36,3	50,4	271,3	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	980,9	521,2	18,6	441,1	124,6	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 540,8	255,4	379,8	2 905,5	- 291,4	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	543,6	125,4	-	418,2	15,2	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	558,1	-	558,1	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	905,9	-	-	905,9	4,9	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	906,4	148,7	756,8	0,9	4,3	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	775,6	77,1	697,6	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	765,4	-	-	765,4	10,8	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	432,2	232,3	101,1	98,8	75,2	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	368,4	207,0	30,8	130,6	139,0	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 481,9	176,2	926,9	2 378,7	- 232,5	
23 - Konsumausgaben	3 066,7	-	892,1	2 174,6	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,6	-	59,6	-	
25 = Sparen	415,2	116,7	34,8	263,7	- 232,5	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	117,7	19,5	81,9	16,3	7,0	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	99,5	57,4	20,4	21,7	25,2	
28 - Bruttoinvestitionen	1 048,3	634,6	127,0	286,7	-	
29 + Abschreibungen	865,6	488,9	115,5	261,2	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,5	19,9	- 1,0	0,5	- 19,5	
31 = Finanzierungssaldo	194,8	- 11,1	- 37,2	243,1	- 194,8	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 481,9	176,2	926,9	2 378,7	- 232,5	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	559,3	-	559,3	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	559,3	-	-	559,3	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 481,9	176,2	367,6	2 938,0	- 232,5	
38 - Konsum 2)	3 066,7	-	332,9	2 733,9	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,6	-	59,6	-	
40 = Sparen	415,2	116,7	34,8	263,7	- 232,5	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Literatur

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung im Bundesamt für Raumwesen und Raumordnung (BBR). (2023). [Struktur und Gründe des Bauüberhangs](#). BBSR-Online-Publikation 07/2023. Bonn.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg, V. Stamer und U. Stolzenburg (2023). [Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2023: Wachstumspfad flacht sich merklich ab](#). Kieler Konjunkturberichte, Nr. 102, 2023.
- Deutsche Bundesbank (2023a). [Zinsstrukturkurven in der volkswirtschaftlichen Analyse](#). Monatsbericht, Januar 2023.
- Deutsche Bundesbank (2023b). [Finanzmärkte](#). Monatsbericht, Mai 2023.
- Deutsche Bundesbank (2023c). [Geldpolitik und Bankgeschäft](#). Monatsbericht, Februar 2023.
- Europäische Zentralbank (2023). [Umfrage zum Kreditgeschäft \(Bank Lending Survey\)](#). April 2023.
- Interhyp (2023). [Zins-Charts – Die Zinsentwicklung in der Baufinanzierung](#).
- Jannsen, N. (2022). [Zum Umgang mit den Preisbremsen in den VGR und Verbraucherpreisen](#). Kiel Insight 2022.11.
- Jannsen, N. (2023). [Der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex - Ein nützlicher Frühindikator für die Industrieproduktion](#). Kiel Insight 2023.02.
- Jannsen, N., und N. Sonnenberg (2022). [Gas- und Strompreise](#). Wirtschaftsdienst, 102, 11, 907-908.
- Jannsen, N., und N. Sonnenberg (2023). [Inflation: Neues Basisjahr und Preisbremsen](#). Wirtschaftsdienst, 103, 3, 223-224.
- Gern, K.J., Jannsen N., Sonnenberg, N. (2023). [Inflation and the effects of monetary tightening in the euro area](#). Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg.
- Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2023). [Expansion bleibt vorerst schwach](#). Weltwirtschaft im Sommer 2023. Kieler Konjunkturberichte Nr. 103.
- Grimm, M., Jordà, Ò, Schularick, M., Taylor, A.M. (2023). [Loose Monetary Policy and Financial Instability](#). NBER Working Paper.
- Groll, D. (2023). [Zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen des hohen Krankenstands](#). Kiel Insight 2023.01.
- Kooths, S. (2022). [Hausgemachte Inflationsrisiken](#). Wirtschaftsdienst, 102, 6, 434-437.
- Kooths, S. (2023a). Markt vs. Staat - Leitplanken für die Wirtschaftspolitik. In: Berthold, N., und J. Quitzau (Hrsg.): Die Wirtschafts-Welt steht Kopf, Abschied von den Illusionen - Konzepte für eine neue Wirtschaftspolitik, Verlag Franz Vahlen, München, S. 129-139.
- Kooths, S. (2023b). [Inflation Reduction Act, Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age](#). Schriftliche Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung vor dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages am 10. Mai 2023, Ausschussdrucksache 20(9)251, Berlin.
- Kooths, S., und J. Scheide (2023). [Mehr Wachstumspolitik wagen](#). INSM Ökonomen-Blog, 23. März 2023.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023). [Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte jetzt stärken](#). Frühjahrsgutachten 2023, München.
- Sonnenberg, N. (2022). [Zum Einfluss der jüngsten Gas- und Strompreisanstiege auf die Verbraucherpreise](#). Kiel Insight, 2022.07.
- Sonnenberg, N. (2023). [The ECB stepping on the brake\(s\): Monetary tightening in an abundant reserve system](#). Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg.